

Theo Jung

Auftritt durch Austritt

Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Großbritannien und Frankreich (1797–1823)

In seiner klassischen Studie »Exit, Voice, and Loyalty« (1970) hat Albert O. Hirschman die Reaktionsmöglichkeiten derjenigen, die mit dem Zustand eines sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Guts unzufrieden sind, in zwei Kategorien eingeteilt. Die erste (*exit*) besteht darin, die bisherige Option aufzugeben und zu einer Alternative zu wechseln; die zweite (*voice*), durch die Artikulation von Kritik und Anmahnungen zu versuchen, eine Verbesserung herbeizuführen. Während sich die Ökonomie, so Hirschman, so gut wie ausnahmslos auf die Exit-Strategie und die von ihr ausgelösten Marktmechanismen konzentriert habe, sei die Politikwissenschaft bislang fast nur an der Voice-Option interessiert gewesen. In beiden Fällen werde die jeweils andere Strategie als Krisensymptom gewertet: Voice im ökonomischen Bereich als Hinweis auf eine mangelhafte Marktwirkung, Exit im politischen als Ausdruck von Fahnenflucht oder Politikverdrossenheit.¹

Demgegenüber plädierte Hirschman dafür, verstärkt auf Konstellationen zu achten, in denen Exit und Voice entweder als ebenbürtige Handlungsstrategien oder als komplementäre Elemente einer gemischten Strategie zum Tragen kommen. Dabei konzentrierte sich der Soziologe zunächst in erster Linie auf wirtschaftliche Fragen. Im Kontext des Kalten Kriegs ging es ihm darum, jenseits der Alternative von *laissez faire* und Interventionismus einen Bereich zu identifizieren, in dem optimale Ergebnisse durch eine Kopplung von Marktmechanismen und Partizipationsprozessen erzielt werden. Als er in späteren Veröffentlichungen den Versuch unternahm, die Konsequenzen der Exit-Voice-Alternative für das politische Feld im engeren Sinne zu eruieren, richtete er seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Ebene ganzer Gesellschaftsgefüge.² So erörterte er etwa, wie die Mitglieder bestimmter Amazonenstämme sich bei Unzufriedenheit über die Stammesführung manchmal einfach absetzen und sich einem anderen Stamm anschließen, und fragte, welche Folgen diese radikale Form des soziopolitischen Ausstiegs für die inneren Strukturen dieser Gemeinschaften hat.

Doch selbstverständlich beschränkt sich die Rolle der Exit-Option im Politischen nicht allein auf den kompletten Ausstieg aus dem gesellschaftlichen Gesamtgefüge. Wenn, wie es in diesem Band geschieht, der Blick auf die Vielfalt von Arenen politischer Aushandlung gerichtet wird, stellt sich die Frage nach der Alternative zwischen Exit und Voice noch einmal neu. Dann zeigt sich, dass der Ausstieg *nicht* im Gegensatz zur politischen Teilnahme stehen muss. Erstens, da er als symbolische Praxis selbst eine eigene Form der politischen Artikulation darstellen kann, und zweitens, da der Verzicht auf Partizipation in der *einen* politischen Arena in weitaus den meisten Fällen mit dem Wechsel in *andere* Arenen verknüpft ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Ausstieg also weit mehr als nur der Schlusspunkt politischen Handelns. Die Analyse seiner Praxis und diskursiven Verhandlung in spezifischen historischen Kontexten öffnet vielmehr einen besonderen, analytisch

1 Albert O. Hirschman, *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge/London 1970, S. 17.

2 *Ders.*, *Exit, Voice, and the State*, in: *World Politics* 31, 1978, S. 90–107; *ders.*, »Exit, Voice, and Loyalty«. Further Reflections and a Survey of Recent Contributions, in: *The Milbank Memorial Fund Quarterly. Health and Society* 58, 1980, S. 430–453.

fruchtbaren Zugang zum zeitgenössischen Ringen um das Verhältnis zwischen verschiedenen politischen Arenen, um ihre jeweiligen Zugangs- und Handlungsbedingungen, ihre Legitimität und strategische Bedeutung.

Ausgehend von diesen Überlegungen soll im Folgenden eine politische Arena in den Blick genommen werden, welche die Voice schon im Namen trägt, sodass die Exit-Option in der Tat nur als *Ultima Ratio* in Betracht zu kommen scheint: das Parlament. Gerade in der Frühphase des modernen Parlamentarismus an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert stellte diese Institution für viele einen Sehnsuchtsort demokratischer Politik dar. Unter der Ägide der zeitgenössischen Schlüsselmetapher der *vox populi* erschien das Parlament als paradigmatischer Ort der politischen Mitsprache des Volkes. Die Teilnahme an seinen Debatten – sei es persönlich oder indirekt, durch gewählte Vertreter – galt als *das* Kriterium schlechthin für die Zugehörigkeit zur politischen Nation. Trotz, oder auch gerade *wegen* dieser hohen Erwartungen, erwies sich die Realität parlamentarischer Politik jedoch nicht selten als ernüchternd. Nicht nur, dass große Teile der Bevölkerung von der aktiven oder passiven Partizipation an dieser Institution ausgeschlossen blieben. Auch diejenigen, die Zugang zu ihr hatten, mussten nicht selten feststellen, dass ihre Voice – um es mit Hirschman zu sagen – in der Praxis resonanzlos verhallte. In solchen Fällen, in denen politische Mitsprache nur noch der Form nach gegeben schien, rückte der Exit als Handlungsalternative in den Vordergrund.

Anhand von Fallstudien aus Edinburgh, Dublin, London und Paris soll im Folgenden der Parlamentsboykott als politische Praxis analysiert werden. Damit wird ein Phänomen hervorgehoben, bei dem der Verzicht auf politische Partizipation paradoxerweise selbst den Charakter einer politischen Handlung annahm. Wenn nach der Eigenlogik und politischen Bedeutung dieser Praxis im Kontext der sich neu konstituierenden monarchisch-konstitutionellen Systeme in Frankreich und Großbritannien gefragt wird, gelangen dabei über die jeweiligen nationalen Konstellationen hinaus auch die gegenseitigen Beobachtungen, Netzwerke und Transfers in den Blick, die in diesem Zeitraum einen gemeinsamen europäischen Erfahrungsschatz etablierten. Es rücken die taktischen Abwägungen verschiedener politischer Handlungsstrategien und die Binnendynamik der jeweils beteiligten Gruppen in den Fokus, aber auch die Außenperspektiven und die zeitgenössischen Reaktionen auf die Boykotts. So treten die historisch spezifischen Erfolgsbedingungen dieser politischen Unterlassungspraxis ebenso hervor wie ihre – beabsichtigten und unbeabsichtigten – zeitgenössischen Auswirkungen.

Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf der Frage nach dem Umgang mit den Bedingungen politischer Partizipation. Jede systematische Opposition sieht sich mit der Frage konfrontiert, inwiefern man sich auf ein unfaires Spiel einlassen darf. Wie können die im gegebenen Kontext gebotenen Chancen auf politische Artikulation und Partizipation genutzt werden, ohne ein ungerechtes System durch die eigene Beteiligung zu legitimieren? Mit Blick auf dieses Dilemma laden die im Folgenden erörterten Fälle immer wieder zu Vergleichsmomenten mit anderen historischen Kontexten ein. Denn als Grenzbewegungen im Graubereich zwischen Akzeptanz, Ablehnung und Auflehnung stellten die Parlamentsboykotts des 18. und frühen 19. Jahrhunderts eine spezifische Antwort auf diese grundsätzliche Frage oppositioneller Politik dar.

In der Tat handelte es sich bei den hier vorgestellten parlamentarischen Boykotteuren in mehr als einer Hinsicht um politische Grenzgänger. Ihr Austritt erschöpfte sich keineswegs in der bloßen Aufgabe eines politischen Handlungsfeldes, um in ein anderes zu wechseln. Als sorgfältig inszenierter, symbolischer Akt war er vielmehr ein Mittel, die herrschenden Konstitutionsbedingungen des parlamentarischen Raums infrage zu stellen. Damit diese Botschaft nicht sang- und klanglos unterging oder von Außenseitern und Gegnern miss- oder umgedeutet wurde, waren die Boykotts auf intensive Begleitkommunikation

in anderen Foren wie die politische Presse oder öffentliche Versammlungen angewiesen. Doch blieben diese Artikulationen auf das gerade zurückgelassene Parlament bezogen, dessen Reform stets das Fernziel des Austritts blieb.

Auch in Bezug auf die Möglichkeit eines Wechsels zu einem grundsätzlich anderen Medium des oppositionellen Kampfes, der Gewalt, bewegten sich die hier erörterten Boykotts im Schwellenbereich. Der trotzige Verzicht auf die als ohnmächtig empfundene parlamentarische Debatte setzte einen Schlusspunkt, konnte im zeitgenössischen Kontext aber auch als Auftakt erscheinen, insofern er stets auch die Möglichkeit anderer, radikalerer Formen politischer Systemopposition andeutete. Vor dem Hintergrund der Revolutionserfahrungen wurde diese Drohung sehr ernst genommen und sie trug zur Brisanz der Boykotts nicht wenig bei. Gleichzeitig waren die Boykotteure als Abgeordnete für ihre zukünftige Handlungsfähigkeit aber auch darauf angewiesen, ihre politische Respektabilität zu bewahren. Die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in der verlassenen Körperschaft (nach deren Reform) setzte voraus, dass im Kommunikationsabbruch die Tür zu ihrer Wiederaufnahme zumindest einen Spalt offen blieb.

Aus demselben Grund war die Zeitlichkeit dieser Praxis in verschiedener Hinsicht entscheidend für ihre Wirkung. Der singuläre Moment des Austritts selbst war sicherlich in vieler Hinsicht ausschlaggebend. Die Frage, inwiefern es den Abgeordneten gelang, den unmittelbaren Anlass ihres Austritts mit strukturellen Ungerechtigkeiten des gegebenen Systems in Verbindung zu bringen, bedingte, ob dieser als prinzipielle Verweigerungsgeste, entmutigte Resignation oder verzweifelte Flucht erschien. Doch damit war die Sache nicht getan. Mit zunehmender Dauer eines Boykotts steigerte sich seine symbolische Prägnanz, wuchsen aber auch die taktischen Kosten, die mit ihm verknüpft waren, etwa mit Blick auf die eigene politische Handlungsfähigkeit oder den Zusammenhalt der Gruppe. Darüber hinaus ergab sich die Notwendigkeit, die anfängliche Schockwirkung des Boykotts nicht verpuffen oder von anderen Themen und Ereignissen überlagern zu lassen. Nicht nur für das Kollektiv, sondern für jeden einzelnen Abgeordneten war die Preisgabe des parlamentarischen Forums auch mit Blick auf die öffentliche Aufmerksamkeitsökonomie ein gewagter Schritt. Vor allem wenn kein Ende in Sicht war, konnte dies zu erheblichen Spannungen im oppositionellen Lager führen. Denn schließlich war gerade auch das Ende des Boykotts symbolisch stets ein prekärer Moment, der unter verschiedenen Bedingungen als triumphaler Wiedereinzug, aber auch als klammheimliche Rückkehr eines reuevollen Sünders wirken konnte.

Wie die Fallstudien zeigen, zeugen die Parlamentsboykotts in ihrer Entstehung, Umsetzung und Begründung, in den von ihnen ausgelösten Reaktionen und nicht zuletzt auch in ihrem Erfolg und Misserfolg von den spezifischen Dimensionen des politischen Feldes in der Frühphase des modernen Parlamentarismus. Die folgende Darstellung der eruierten Fälle wird durch ihre Fokussierung auf drei eng miteinander verschränkte Momente strukturiert. Erstens verweisen die Boykotts auf die prekäre Stellung der Opposition im Kontext eines Parlamentarismus, der von den Ansprüchen einer Demokratie im heutigen Sinne weit entfernt war. Auch wenn die Oppositionsabgeordneten ex officio als legitime Verhandlungspartner anerkannt waren, standen sie aus Sicht ihrer Gegner doch ständig in Verdacht, einen Umsturz des gesamten Staatswesens vorzubereiten. Auch aus ihrer eigenen Perspektive war ihre Stellung bestenfalls ambivalent. Nicht nur waren sie Teil einer Institution, deren Legitimität im Sinne einer wahrhaften Volksvertretung sie grundsätzlich verneinten. Auch blieben ihre Möglichkeiten, den politischen Prozess konkret mitzugestalten, in der Praxis beschränkt. Immer wieder mussten sie ernüchert feststellen, dass ihre Mitsprache de facto wirkungslos blieb. Im Moment des Boykotts wurde die ständige Gratwanderung zwischen Respektabilität und Effektivität, zu der die Opposition im parlamentarischen Raum verurteilt war, vorübergehend suspendiert und dadurch angeprangert.

Damit deutet die Praxis zweitens auf das zeitgenössische Spektrum der verfügbaren Handlungsräume und -modi oppositioneller Politik hin. Als punktueller Bruch mit den etablierten Handlungsmustern entfachten die Boykotts innerhalb des oppositionellen Lagers regelmäßig scharfe Kontroversen über die zu verfolgende Strategie. In solchen Auseinandersetzungen wurden der taktische Wert und die symbolische Legitimität verschiedener politischer Arenen gegeneinander abgewogen, wobei sich zeigte, dass das inhärente Spannungsverhältnis der Parlamentsboykotts zur hohen Wertschätzung politischer ›Mitsprache‹ im zeitgenössischen Kontext gleichzeitig die Kraft *und* die Schwäche dieser Praxis ausmachte. Die eminente Bedeutung der Voice verstärkte die Kontrastwirkung des Exits, stellte für seine praktische Umsetzung aber auch eine erhebliche Hürde dar.

Denn drittens stellten die Boykotts als kollektive Praxis den Zusammenhalt der Opposition auf eine harte Probe. Der ungewisse taktische Wert und die fragliche Legitimität der Praxis ließen die unterschweligen Interessenkonflikte zwischen den Abgeordneten und der außerparlamentarischen Opposition, aber auch zwischen verschiedenen Abgeordnetengruppen in aller Deutlichkeit hervortreten. Der Verzicht auf eine zentrale Arena politischer Artikulation stellte hohe Anforderungen an die Disziplin im eigenen Lager, die in einer Ära, in der Partei- und Fraktionsstrukturen erst im Ansatz gegeben waren, nicht leicht zu bewältigen waren.

I. DIE THEORIE EINER PRAXIS: JACQUES-ALPHONSE MAHUL UND DIE AFFÄRE MANUEL (PARIS, 1823)

Die ausführlichste systematische Begründung des Parlamentsboykotts als oppositionelle Strategie im frühen 19. Jahrhundert findet sich in einem 1823 vom französischen Publizisten Jacques-Alphonse Mahul verfassten Pamphlet mit dem Titel »Du Silence, considéré comme tactique parlementaire«.³ Als Mitglied des radikalen Geheimbunds der Charbonnerie und Redakteur verschiedener Zeitschriften hatte dieser schon zuvor mit regierungskritischen Publikationen auf sich aufmerksam gemacht. Nachdem er sich 1821 etwa mit der oppositionellen Wahlkampfaktik auseinandergesetzt hatte, ging er im genannten Pamphlet zwei Jahre später der Frage nach, wie sich die linken Abgeordneten nun nach der Wahl, im parlamentarischen Raum, verhalten sollten.⁴

Mahuls zentrale These war, dass der Opposition in der gegenwärtigen Lage keine andere Wahl blieb, als sich geschlossen aus der parlamentarischen Debatte zurückzuziehen. Nach den Wirren um das tödliche Attentat auf Charles-Ferdinand d'Artois, Herzog von Berry, den Sohn des späteren Königs Karl X., im Februar 1820 war eine konservative Regierung geformt worden, deren Mehrheit im Plenum durch das neue Wahlgesetz vom 29. Juni 1820 auf lange Sicht gesichert schien. Doch war die Ohnmacht der Opposition nicht nur in ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit begründet. Die Regierungsmehrheit nutzte jedes verfügbare Mittel, um ihre parlamentarische Dominanz zu sichern. Wie weit sie dabei bereit war zu gehen, zeigte sich Anfang 1823.

Am 26. Februar wurde in der Deputiertenkammer über die geplante Intervention französischer Truppen in Spanien debattiert, wo diese auf Geheiß der Heiligen Allianz der liberalen Revolution ein Ende setzen und die Alleinherrschaft Ferdinands VII. wiederherstellen sollten. Nachdem Außenminister François-René de Chateaubriand das Vorhaben erläutert hatte, erregte eine Rede des linken Abgeordneten Jacques-Antoine Manuel Auf-

3 [Jacques-Alphonse Mahul], *Du Silence, considéré comme tactique parlementaire*, Paris 1823.

4 *Ders.*, *Tactique électorale à l'usage de l'opposition*, Paris 1822. Unter der Julimonarchie würde Mahul als Abgeordneter, Staatsrat, Präfekt und schließlich Polizeigeneraldirektor Karriere machen. Vgl. J. A. W. Gunn, *When the French Tried to Be British. Party, Opposition, and the Quest for Civil Disagreement*, Montreal 2009, S. 457–462.

sehen. Stein des Anstoßes war eine Analogie zwischen dem spanischen Herrscher und dem guillotinierten König Ludwig XVI. War es etwa nicht so, fragte Manuel sein Publikum, dass die Stellung des ehemaligen französischen Monarchen erst in *dem* Moment endgültig verloren gewesen sei, als sich das revolutionäre Frankreich durch die Invasion ausländischer Truppen in die Enge getrieben gefühlt hatte?⁵ Vom empörten Plenum übertönt, konnte Manuel nicht ausreden. Was als Argument gegen die spanische Invasion gemeint gewesen war, wurde vor allem auf konservativer Seite als Apologie für den Königsmord aufgefasst. Nach anhaltendem Tumult verließ die Mehrheit in Protest den Plenarsaal, so dass die Sitzung unterbrochen werden musste.

Die Reaktion auf den Tabubruch Manuels war rigoros und ging über das formal Erlaubte hinaus, sodass sie zumindest in den Augen der Linken einem Staatsstreich gleichkam. Nach der Geschäftsordnung konnte ein Abgeordneter zur Ordnung gerufen und gegebenenfalls verwarnt werden. Eine Prozedur, ihn aus der Sitzung zu entfernen oder gar für längere Zeit zu suspendieren, gab es jedoch nicht. Trotzdem wurde in einer weiteren tumultuösen Sitzung am 3. März beschlossen, Manuel für die weitere Dauer der Sitzungsperiode aus der Kammer auszuschließen.⁶

Am nächsten Tag erschien Manuel dennoch, flankiert von seinen Fraktionsgenossen, allesamt in der offiziellen Uniform des Deputierten gekleidet. Auf die Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, antwortete er, dass er den Ausschluss für unberechtigt erachte und sich nur mit Gewalt würde entfernen lassen. Als der Präsident die Sitzung daraufhin unterbrach und die Mehrheit erneut den Saal verließ, blieben die linken Abgeordneten demonstrativ sitzen, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Nachdem die zunächst herbeigerufenen Nationalgardisten sich geweigert hatten, Manuel gewaltsam aus der Versammlung zu entfernen, fand sich schließlich eine Truppe von Gendarmen ein, die Manuel nach einem kurzen Gerangel aus dem Saal hinausbegleitete. Mit ihm verließen die Abgeordneten der Linken und des linksliberalen *centre-gauche* geschlossen das Plenum. Als am nächsten Tag ein Protestschreiben, das von 62 von ihnen unterschrieben worden war, vom Vorsitz nicht zur Lektüre zugelassen wurde, entschlossen sich die Unterzeichner, nicht mehr in die Versammlung zurückzukehren.

An dieser Stelle setzte das genannte Pamphlet Mahuls an und bot somit gleichzeitig eine theoretische Begründung einer bestehenden Praxis und ein Plädoyer für ihre längerfristige Systematisierung. Kern seiner Argumentation bildete die Diagnose, dass die parlamentarische Debatte ihre politische Legitimität verloren habe. Jede weitere Teilnahme an ihr sei nicht nur sinnlos, sondern schädlich, insofern sie die gegebenen Verhältnisse zu legitimieren scheine. Das nur noch im Namen existierende Repräsentativsystem sei aber dermaßen entartet, dass das politische Wort vollends gelähmt sei.⁷ In den vergangenen Sitzungsperioden sei über die entscheidenden Streitpunkte eigentlich alles Nötige gesagt worden. Doch die letzten Wahlen – deren rechtmäßigen Ablauf Mahul übrigens ebenfalls anzweifelte – hätten eine Regierungsmehrheit in die Kammer gebracht, die sich um die Argumente ihrer Gegner überhaupt nicht mehr kümmerte.⁸

5 Archives parlementaires de 1787 à 1860. Recueil complet des débats législatifs et politiques des Chambres françaises [im Folgenden: AP], Paris 1862–1912, 2. Serie, Sg. v. 26.2.1823, Bd. XXXVIII, S. 439. Vgl. auch *Jacques-Antoine Manuel*, Discours de M. Manuel, député de la Vendée, Paris 1823. Der genaue Wortlaut der Formulierung wurde später Gegenstand kontroverser Debatten. Vgl. *Jean-Claude Caron*, Les Mots qui tuent. Le meurtre parlementaire de Manuel (1823), in: *Genèses* 83, 2011, H. 2, S. 6–28, hier: S. 15–21.

6 AP, Sg. v. 3.3.1826, Bd. XXXVIII, S. 494.

7 *Mahul*, Du Silence, S. 3. Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Übersetzungen vom Verfasser.

8 Ebd., S. 4.

Schon unter normalen Umständen sei, betonte der Autor, die Macht des oppositionellen Wortes in der parlamentarischen Debatte notwendigerweise beschränkt. Dass die überlegenen Argumente der Opposition ihre Gegner überzeugen und tatsächlich zu Abstimmungserfolgen führen würden, sei schon immer unwahrscheinlich gewesen. Die Regierung stelle ohnehin immer nur solche Anträge zur Debatte, bei denen ein für sie günstiges Ergebnis von vornherein feststehe. Doch habe es bisher für die Minderheit wenigstens noch die Möglichkeit der Rede ›aus dem Fenster hinaus‹ gegeben: die Nutzung der Parlamentsdebatte als öffentliches Forum, mit dem langfristigen Ziel, die Wählerschaft von ihren Standpunkten zu überzeugen.⁹ Doch in letzter Zeit sei auch dieser Weg zunehmend versperrt worden, da es der Mehrheit immer besser gelungen sei, die Stimme der Opposition durch unlautere Geschäftsordnungstricks (mit der Affäre Manuel als Höhepunkt) zum Schweigen zu bringen.

Angesichts der gegebenen Verhältnisse hielt Mahul die Fortsetzung der Debatte also für zwecklos. In einer solchen Lage könne nur ein konsequentes »système du silence« ein wirksames Zeichen gegen die herrschende Ordnung setzen. Über dessen symbolischen Wert hinaus versprach sich Mahul vom geschlossenen Rücktritt außerdem taktische Vorteile. Wenn sich die Linke der Wortmeldung enthalten würde, müsse die Debatte notwendigerweise zwischen der Rechten und der Mitte stattfinden, was auf Dauer zu Brüchen in deren politischer Mesalliance führen könne. Die Einigkeit des linken Lagers würde indessen nicht durch Auseinandersetzungen über Bagatellen gefährdet. So würde die Möglichkeit eröffnet, die Abgeordneten, die hinsichtlich ihrer Prinzipien und Interessen eigentlich zu den Linken gehörten, durch ihre Angst vor einer erneuten Revolution aber davon abgehalten wurden, ihren natürlichen Platz im Plenum einzunehmen, aus dem Würgegriff der Koalition zu befreien. Die Regierungsmehrheit würde sich auf Dauer von selbst auflösen.¹⁰

Natürlich war auch Mahul bewusst, dass sein Plädoyer für einen Debattenboykott nicht nur bei Gegnern, sondern auch im eigenen Lager auf Widerspruch stoßen würde. Seine vorgreifende Widerlegung erwarteter Einwände verweist auf den Grad der Standardisierung, den die Debatte über diese Praxis zu diesem Zeitpunkt bereits erreicht hatte. Sicherlich sei es richtig, räumte er ein, dass sich die Opposition durch den Rücktritt eines wichtigen politischen Forums beraube. Unter dem gegebenen, relativ liberalen Zensurregime könne sie jedoch problemlos auf die Presse ausweichen, um ihre Standpunkte zu artikulieren. Zweitens müsse man wohl damit rechnen, dass der Rückzug von Gegnern als implizite Revolutionsdrohung ausgelegt werde.¹¹ Doch da von dieser Seite sowieso jedes Wort verdreht werde, würde – meinte er optimistisch – doch kein vernünftiger Mensch eine solche Verdächtigung ernst nehmen. Auch müssten die oppositionellen Abgeordneten nicht befürchten, von ihren Wählern vergessen zu werden. Zwar würde das Rednerpult bei ihrer Abwesenheit viel von seinem Glanz einbüßen, aber gerade dieses Opfer würde die vorhergehenden rednerischen Leistungen der Opposition in ein umso strahlenderes Licht rücken. So würden die Volksvertreter wie jene römischen Statuen erscheinen, von denen Tacitus schrieb, dass man sie umso mehr schätzte, da sie den Blicken der Menge verborgen blieben.¹²

In der Praxis war die Wirkung des Boykotts nicht das, was Mahul sich davon versprochen hatte. Seine Umsetzung hatte nicht die Konsequenz, die nötig gewesen wäre, um ein eindeutiges politisches Zeichen zu setzen. Während sich die radikale Linke in der Tat nicht mehr im Parlament blicken ließ, besuchten die rechtsliberalen *doctrinaires* weiterhin die

9 Ebd., S. 5.

10 Ebd., S. 10–12.

11 Ebd., S. 13.

12 Ebd., S. 14f.

Verhandlungen, auch wenn sie sich daran nicht mehr aktiv beteiligten.¹³ Was sich allerdings schlagartig änderte, war die Atmosphäre im Plenum. Durch die leeren Bänke und die (buchstäbliche) Einseitigkeit der Debatte wirkte die Kammer verlassen. Die Beiträge von Regierungsseite verhallten ohne Widerrede. Nur von der äußersten Rechten kam gelegentlich ein oppositionelles Wort.

Außerhalb des Parlaments wurde die Aktion unterschiedlich bewertet. Kurzfristig wurde Manuel zu einer politischen Berühmtheit, und es fehlte nicht an Beifallsäußerungen. Wie Mahul vorhergesehen hatte, spiegelten sich in den Reaktionen der Presse die üblichen politischen Lagerkämpfe wider. Aber schon bald wurde die öffentliche Resonanz des Boykotts von außenpolitischen Ereignissen übertönt. Der spanische Feldzug war ein militärischer Erfolg. Er schien die seit Langem ersehnte Wiedereingliederung Frankreichs in die Reihe europäischer Großmächte zu besiegeln und wurde in der Bevölkerung ausgiebig gefeiert. Regierungsführer Jean-Baptiste Villèle nutzte die Gunst der Stunde, um das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, die im nächsten Februar mit einem Erdrutschsieg der Regierung und einer weiteren Schwächung der Linken endeten. Unter diesen Umständen konnte von dem erhofften triumphalen Wiedereinzug der Opposition in die Kammer keine Rede sein, zumal auch Manuel selbst nicht wiedergewählt worden war.¹⁴

II. ZAGHAFT ANFÄNGE (EDINBURGH UND LONDON IM 18. JAHRHUNDERT)

Obwohl sich Mahuls Argumente auf die aktuelle Lage konzentrierten, konnten die taktischen Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Linken 1823 auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Frühere Fälle zeigten die mögliche Wirkung eines Parlamentsboykotts, aber auch die Hürden und Fallstricke, mit denen diese Strategie zu kämpfen hatte. Als zentrales, warnendes Beispiel galt in diesem Kontext die sogenannte Foxite Secession der britischen Whigs von 1797 bis 1801. Doch reichten die Ursprünge der Praxis im britischen Raum weiter, bis ins frühe 18. Jahrhundert zurück. Schon 1702 hatte sich die sogenannte Country Party – eine Koalition aus Tories und konservativen Whigs – unter Führung von James, dem 4. Herzog von Hamilton, aus Protest gegen die Tatsache, dass die Session entgegen der gängigen Praxis über den Tod des Monarchen hinaus verlängert worden war, kurzfristig aus dem schottischen Parlament in Edinburgh zurückgezogen.¹⁵ Nach der politischen Union mit England im Jahr 1707 gingen in Westminster erste Boykottaktionen von der Tory-Opposition aus. Nach zaudernden Versuchen in 1723 und 1732 zog diese sich unter Führung von William Wyndham, 3. Baronet, 1739 aus Protest gegen die Außenpolitik der Regierung zurück, »to destroy this fallacy, that the voice of the House of Commons is the sense of the nation«.¹⁶ Doch gelang es den fragmentierten Tories nicht,

13 Vgl. *Achille de Vaulabelle*, *Histoire des deux Restaurations, jusqu'à la chute de Charles X*, en 1830, Paris 1844–1853, Bd. VI, S. 77; *Prosper Duvergier de Hauranne*, *Histoire du gouvernement parlementaire en France, 1814–1848*, Paris 1857–1871, Bd. VII, S. 329–333.

14 Mahul wurde noch im selben Jahr wegen Verstößen gegen das Pressegesetz verhaftet und verbrachte mehrere Wochen in verschiedenen Gefängnissen. Er verarbeitete seine Erfahrungen in *Jacques-Alphonse Mahul, Éclaircissements touchant les motifs et les circonstances de la détention de M. Alphonse Mahul*, Paris 1823.

15 Vgl. *George Lockhart*, *Memoirs Concerning the Affairs of Scotland, from Queen Anne's Accession to the Throne, to the Commencement of the Union of the Two Kingdoms of Scotland and England*, in May 1707, in: *Anthony Aufrère* (Hrsg.), *The Lockhart Papers*, London 1817, S. 1–271, hier: S. 42–50.

16 *John Dalrymple, 2. Earl of Stair*, Memorial, in: *George Henry Rose* (Hrsg.), *A Selection from the Papers of the Earls of Marchmont*, London 1831, Bd. II, S. 124–128, hier: S. 125. Vgl. zum Kontext die weiteren Dokumente ebd., S. 111–201, sowie *Linda Colley*, *In Defiance of Oligarchy. The Tory Party, 1714–60*, Cambridge/New York etc. 1982, S. 224–226.

den Boykott als geschlossene Aktion in Szene zu setzen. Ein Pamphlet mit einer öffentlichen Begründung kam erst zustande, als die Resonanz des Austritts längst verklungen war, und auch der Plan einer landesweiten Petitionskampagne verlief im Sande.¹⁷ Wie es einer der Boykotteure selbst ausdrückte, blieb der Eindruck zurück, dass »our leaving the House, and doing nothing on it but running up and down a-sporting, like a parcel of the silliest schoolboys when playing the truant, is ridiculous, and indeed criminal«.¹⁸

Ab den 1770er-Jahren, als die Tories die Regierungsmacht übernommen hatten, wurden unter den Whigs mehrfach Stimmen für einen Parlamentsboykott laut.¹⁹ Ein wichtiger Befürworter war Edmund Burke, der wiederholt die Meinung vertrat, dass »there is no dignity in carrying on a teizing and vexatious sort of debate, without any other Effect, than fretting Ministers now and then, and keeping honest Gentlemen from their dinners«.²⁰ Doch stießen seine Plädoyers bei den führenden Whigs auf wenig Resonanz. Erst Ende 1776, als die Lage der Opposition im Kontext des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs vollends aussichtslos erschien, wurde ein kollektiver Austritt ernsthaft in Erwägung gezogen. Um den Eindruck zu vermeiden, dass die Abgeordneten ihren Posten aus unlauteeren Motiven verließen, sollte der Rücktritt von der Publikation eines Rechtfertigungsschreibens begleitet werden, das von Burke verfasst wurde.²¹ Weit ausholend argumentierte er, dass der Boykott der Whigs zu ihrer Loyalität zum Monarchen und ihrem Pflichtgefühl der Nation gegenüber keinesfalls im Widerspruch stehe, sondern vielmehr gerade aus diesen Gefühlen hervorgehe. Die Maßnahme gründe in dem »dread of countenancing, by a false appearance of a free discussion, proceedings fatal to the liberty and unity of the empire«²² und sei als ultimatives Mittel zu verstehen, das Land von seinem desaströsen politischen Kurs abzubringen.

Doch erneut erwies es sich als unmöglich, den nötigen Konsens über die Taktik herzustellen. Das Schreiben Burkes verschwand in der Schublade, und als der Boykott schließlich zustande kam, war seine Umsetzung alles andere als einmütig. Viele prominente Whigs, wie etwa Willoughby Bertie, der 4. Earl of Abingdon, und Charles James Fox nahmen an den wichtigen Debatten wie gewohnt teil, sodass die gesamte Aktion erneut eher die Uneinigkeit der Opposition als ihre Entschlossenheit unter Beweis stellte. Burke selbst, der als einer der wenigen der Debatte konsequent fernblieb, geriet zudem persönlich unter Druck, da seine Abwesenheit von Gegnern in seinem Wahlkreis Bristol zum Anlass für

17 Hugh Hume-Campbell, Lord Polwarth an Alexander Hume-Campbell, Earl of Marchmont am 17.8.1739, zit. nach: *Rose, A Selection from the Papers of the Earls of Marchmont*, Bd. II, S. 142–149.

18 James Erskine an Marchmont am 6.9.1739, zit. nach: ebd., S. 158–159. Vgl. auch den Brief v. 8.9.1739, zit. nach: ebd., S. 165.

19 Vgl. *Frank O’Gorman, The Rise of Party in England. The Rockingham Whigs, 1760–82*, London 1975, S. 291f. und 347–354.

20 Brief an William Dowdeswell v. 27.10.1772, zit. nach: *Edmund Burke, The Correspondence of Edmund Burke*, Cambridge 1958–1970, Bd. II, S. 352. Vgl. *Warren M. Elofson, The Rockingham Connection and the Second Founding of the Whig Party, 1768–1773*, Montreal 1996, S. 149 und 164f.; *F. P. Lock, Edmund Burke*, Oxford/New York etc. 1998–2006, Bd. I, S. 292 und 338–413; *Richard Bourke, Empire & Revolution. The Political Life of Edmund Burke*, Princeton/Oxford 2015, S. 272 und 500f.

21 George Savile an Charles Watson-Wentworth, 2. Marquis von Rockingham, Brief v. 15.1.1777, zit. nach: *George Thomas (Hrsg.), Memoirs of the Marquis of Rockingham and His Contemporaries*, London 1852, Bd. II, S. 304–306.

22 Dieses Schreiben blieb zunächst unveröffentlicht, kam aber bezeichnenderweise 1797, kurz nach dem Tod Burkes und im unmittelbaren Kontext der Foxite Secession an die Öffentlichkeit. *Edmund Burke, Secession of the Opposition. Curious State Paper, which has never been before the Public in any Shape*, in: *The Monthly Magazine* 4, 1797, H. 20, S. 19–25, hier: S. 25.

eine Diffamierungskampagne genommen wurde. In einem persönlichen Verteidigungsschreiben erhielt er nun nachträglich doch noch die Gelegenheit, den Boykott öffentlich zu rechtfertigen. Doch als sein Pamphlet einige Wochen später erschien, lag der peinliche politische Misserfolg der Aktion schon klar zutage und war auch Burke selbst wieder in das Plenum zurückgekehrt.²³ Als besonders bitter muss es ihm erschienen sein, dass Lord Abingdon seine Nichtbeteiligung am Parlamentsboykott wenig später genau damit begründete, dass dieser nicht als geschlossenes Manöver der gesamten Opposition zustande gekommen war. Als individuelle Handlung vereinzelter Abgeordneter sei der Rückzug aus dem Parlament jedoch nicht mit deren Mandat vereinbar, und außerdem dürfe ein Boykott niemals »*sub silentio*« stattfinden, sondern müsse immer von einer öffentlichen Begründung begleitet werden.²⁴

III. DAS ENDSPIEL VON »GRATTAN'S PARLIAMENT« (DUBLIN, 1797–1800)

Angesichts dieser Vorläufer liegt es auf der Hand, die Parlamentsboykotts der irischen und englischen Whigs an der Wende zum 19. Jahrhundert als Fortsetzung einer zwar nur bedingt erfolgreichen, aber in gewisser Weise doch etablierten oppositionellen Praxis zu betrachten. In der Tat war die Möglichkeit eines Boykotts in den strategischen Überlegungen der Opposition seit der Mitte des 18. Jahrhunderts stets präsent. Die engen persönlichen Kontakte der zentralen Akteure zu Burke, der bis zu seinem Tod im Juli 1797 von der Legitimität und Wirkung der Taktik überzeugt bleiben sollte, verstärken den Eindruck einer ungebrochenen Kontinuitätslinie. Manche Historiker sind sogar noch weiter gegangen. In einem Überblickswerk hat John W. Derry die Anwendung der Praxis um die Jahrhundertwende als »reversion to an outmoded and backward-looking political tactic«²⁵ beschrieben. Sie sei nicht nur Ausdruck der Frustration der Opposition, sondern vor allem auch ein Zeichen dafür, dass es dieser nicht gelang, aus den traditionellen politischen Formen auszubrechen. Die Whigs hätten es versäumt, die neuen Handlungsspielräume zu nutzen, die sich aus einer gewandelten Konstellation ergaben, in der das politische Gewicht des Parlaments deutlich vergrößert war und gleichzeitig die Konturen des gesamten politischen Feldes durch eine dynamisierte Öffentlichkeit neu ausgerichtet wurden.

Doch zeigt ein genauerer Blick, dass die Praxis ab 1797 gerade in diesem letzten Aspekt auf eine neue Basis gestellt wurde. Die Kopplung des Boykotts mit begleitenden öffentlichen Rechtfertigungsstrategien, die 1739 lediglich angedacht, 1776 zunächst anvisiert, aber dann doch wieder abgebrochen worden war, wurde nun zu einem integralen Bestandteil der Praxis. Und überhaupt gestalteten sich die Boykotts nun nicht länger in erster Linie als trotziges Signal in der Binnenkommunikation der parlamentarischen Elite, sondern als Appell nach außen und damit als Teil der breiteren öffentlichen Auseinandersetzung über die Legitimität verschiedener Foren der Artikulation des Volkswillens.

Der erste Boykott, bei dem diese neue Dynamik in Erscheinung trat, ereignete sich Anfang 1797 in Irland, das zu diesem Zeitpunkt noch ein eigenes Parlament besaß. Vor dem Hintergrund der langfristigen Kontroversen über die Katholikenemanzipation und Wahl-

23 *Ders.*, A Letter from Edmund Burke, Esq., One of the Representatives in Parliament for the City of Bristol, to John Farr and John Harris, Esqrs., Sheriffs of that City, on the Affairs of America, London 1777. Vgl. *Thomas Erskine May*, The Constitutional History of England since the Accession of George the Third, 1760–1860, London 1861–1863, Bd. II, S. 16f.

24 *Willoughby Bertie, Earl of Abingdon*, Thoughts on the Letter of Edmund Burke to the Sheriffs of Bristol, Oxford 1777, S. 12f.

25 *John W. Derry*, Politics in the Age of Fox, Pitt and Liverpool. Continuity and Transformation, Basingstoke 1990, S. 99f. und 115.

rechtsreform und aus Protest gegen die gewaltsame Repression der außerparlamentarischen Reformbewegung der United Irishmen verließen die irischen Whigs das Parlament. Unter ihnen waren verschiedene führende Politiker wie George Ponsonby, John Philpot Curran, William Fletcher sowie vor allem Henry Grattan, der bei der Etablierung der irischen Legislative 1782 eine dermaßen zentrale Rolle gespielt hatte, dass schon zeitgenössisch von »Grattan's Parliament« die Rede war.²⁶ Der Austritt wurde diesmal sorgfältig vorbereitet und inszeniert. Eine Debatte am 15. Mai über einen von William B. Ponsonby (dem Bruder des oben Genannten) eingebrachten Entwurf einer Parlamentsreform wurde zum Anlass genommen, ein letztes Mal auf das Unrecht der bestehenden Verhältnisse hinzuweisen, die von der Opposition vorgeschlagenen Reformmaßnahmen zu erläutern und sich danach geschlossen aus der Versammlung zu verabschieden.

Anders als zuvor war der Boykott diesmal nicht nur intern unter den Abgeordneten selbst abgemacht worden²⁷, sondern es hatte schon im Vorfeld intensive Bemühungen gegeben, Rückhalt außerhalb des Hauses zu sichern. So konnte Grattan, der als Führer der Opposition als letzter das Wort ergriff, darauf verweisen, dass ihre Ansicht, dass der aktuellen Gewaltspirale nur durch eine grundsätzliche Parlamentsreform ein Ende gesetzt werden könne, von vielen im Lande geteilt wurde. »I have in my hand a paper«, beschwor er das Plenum, in dem 900 angesehene Bürger die Ansicht bestätigten, dass die gegenwärtigen Unruhen ihren Ursprung im »miserable state of the representation«²⁸ fänden. So präsentierte er der Versammlung eine Wahl zwischen Gewalt und Reform, machte sich aber keine Illusionen darüber, welche der beiden Alternativen die Mehrheit vorziehen würde. »We have offered you our measure, you will reject it; we deprecate yours; you will persevere; having no hopes left to persuade or to dissuade, and having discharged our duty, we shall trouble you no more, and *after this day shall not attend the House of Commons!*«²⁹

Auch im weiteren Verlauf blieb die enge Verbindung zwischen den boykottierenden Abgeordneten und ihrer politischen Basis aufrecht. Wenige Wochen nach seinem Austritt publizierte Grattan eine öffentliche Adresse an seine Wähler, in der er die Gründe für seinen Rücktritt und seine anschließende Entscheidung, auch bei den kommenden Neuwahlen nicht wieder als Kandidat anzutreten, einmal mehr ausführlich und in überaus scharfen Formulierungen darlegte.³⁰ Bei einer Versammlung in seinem alten Wahlkreis Dublin am 29. Juli wurde in Antwort darauf eine Resolution verabschiedet, die die Legitimität seines Verhaltens bestätigte und ausdrücklich festhielt, »that we are sensible he has not retired from that post which he so eminently filled as long as any hope remained that the Parliamentary exercise of his virtues and talents could be of advantage to his country«.³¹ Schließlich kündigten die Anwesenden an, die Parlamentswahlen ihrerseits ebenfalls boykottie-

26 Vgl. zum Kontext *Robert B. McDowell*, Grattan. A Life, Dublin 2001, S. 140–169.

27 *Valentine Browne Lawless, Baron Cloncurry*, Personal Recollections of the Times, Dublin 1849, S. 54.

28 The Parliamentary Register: or, History of the Proceedings and Debates of the House of Commons of Ireland, Dublin 1784–1801, Bd. XVII, Sg. v. 15.5.1797, S. 559–570, hier: S. 567.

29 Das Abstimmungsergebnis war in der Tat eindeutig: 170 gegen 30. Ebd., S. 570. Vgl. auch: *William H. Curran*, The Life of the Right Honourable John Philpot Curran, late Master of the Rolls in Ireland, London 1819, Bd. I, S. 360–362; *Henry Grattan Jr.*, Memoirs of the Life and Times of the R. Hon. Henry Grattan. By his Son, London 1839–1842, Bd. IV, S. 284–292 und 445. Vgl. zum Kontext *Nancy J. Curtin*, A Perfect Liberty. The Rise and Fall of the Irish Whigs, 1789–1797, in: *D. George Boyce/Robert Eccleshall/Vincent Geoghegan* (Hrsg.), Political Discourse in Seventeenth- and Eighteenth-Century Ireland, Basingstoke/New York 2001, S. 270–289, hier: S. 284–286.

30 *Henry Grattan*, Mr. Grattan's Address to his Fellow-Citizens, Dublin 1797.

31 Zit. nach: *ders.*, The Address of the Right Hon. Henry Grattan, to his Constituents, (the Citizens of Dublin) on his Retiring from the Parliament of Ireland, London 1797, S. 42.

ren zu wollen: »not wishing to have any exercise of the elective suffrage that is not *free*, nor any representation of the people that is not *full*, *fair*, and *adequate*«. ³² In seiner Antwort auf die Resolution bekräftigte Grattan sodann erneut die Verbindung des Boykotts mit der Frage nach der demokratischen Legitimität des Parlaments, als er Sympathie dafür äußerte, dass die Wähler – in einer an den Abbé Sieyès angelehnten Formulierung – »insist to be nothing less than the whole of the third estate«. ³³

Mit der Auflösung des Parlaments am 11. Juli, also nicht einmal zwei Monate nach dem Rücktritt der Whigs, fand der irische Parlamentsboykott in seiner ursprünglichen Gestalt ein natürliches Ende. Die Entscheidung, ob nun auch die neuen Wahlen boykottiert werden sollten, überließ Grattan ausdrücklich jedem einzelnen Abgeordneten. »While I entertain such an opinion«, betonte er in der Begründung seiner eigenen Fortsetzung, »I beg to express my profound respect for some enlightened and valuable individuals who differ from me«. ³⁴ So kehrten verschiedene Whigs in die neue Kammer zurück, ohne dass der Zusammenhalt des Kollektivs dadurch geschädigt wurde. ³⁵

Der Boykott erregte große öffentliche Aufmerksamkeit. Grattans Adresse an seine Wähler erreichte innerhalb eines Jahres zwölf Auflagen, während seine Gegner gegen ihn und seine Mitstreiter eine intensive Pressekampagne organisierten. ³⁶ Die Vorwürfe gegen die Boykotteure reichten von feigem Pflichtversäumnis zu Revolutionstreiberei und die Mutmaßungen über ihre Motive von enttäuschem Ehrgeiz zu fauler Indolenz. The Observer, eine regierungsnahе Zeitung in London, verglich Grattan mit dem Fuchs der Fabel, der, wenn es ihm nicht gelingt, einige Trauben zu erreichen, schnippisch meint: »I cannot reach them, but no matter, they are sour.« ³⁷ Doch im eigenen Lager wurde die Aktion durchweg wohlwollend aufgenommen, sodass sie in dieser Hinsicht zumindest als Achtungserfolg betrachtet werden kann.

Unter politisch-strategischem Gesichtspunkt war der Erfolg jedoch weniger eindeutig. ³⁸ Obwohl dies den wenigsten Außenseitern bewusst gewesen sein dürfte, hatte die Aktion neben ihrer symbolischen Funktion als Protest gegen die ungerechten Konstitutionsbedingungen des Parlaments noch einen zweiten, taktischen Sinn. Wie Grattan 1817 dem Chronisten Jonah Barrington gegenüber einräumte, war der Boykott 1797 auch ein Mittel gewesen, eine neutrale Stellung zwischen den radikalen United Irishmen, die auch vor gewaltsamen Protesten immer weniger zurückschreckten, und der Regierung, die gegen diese ebenfalls mit größter Härte voringing, zu bewahren. »We were afraid of encouraging the former by making speeches against the latter, and we thought it better in such a case, as we could support neither, to withdraw from both.« ³⁹ Doch erwies es sich angesichts der eskalierenden Gewalt auf beiden Seiten schließlich als unmöglich, eine neutrale Zwischen-

32 Ebd., S. 41f.

33 Address to the Freeman and Freeholders of the City of Dublin, zit. nach: ebd., S. 44–46, hier: S. 44. Vgl. auch der Brief Edward Fitzgeralds an seine Wähler v. 14.7.1797, zit. nach: *William John Fitzpatrick, The Life, Times and Contemporaries of Lord Cloncurry, Dublin 1855*, S. 135f.

34 *Grattan, The Address*, S. 44.

35 Wie etwa Lord Charlemont, der eine weitere »Parliamentary apathy« ablehnte. Brief an Unbekannt v. 4.11.1797, zit. nach: *Francis Hardy, Memoirs of the Political and Private Life of James Caulfield, Earl of Charlemont, London 1812*, S. 586.

36 *Robert Mahony, The Pamphlet Campaign against Henry Grattan in 1797–1799*, in: *Eighteenth Century Ireland 2*, 1987, S. 149–166, hier: S. 149.

37 Selections, in: *The Observer*, 20.8.1797.

38 Vgl. *Louis M. Cullen, The Politics of Crisis and Rebellion, 1792–1798*, in: *Jim Smyth* (Hrsg.), *Revolution, Counter-Revolution and Union. Ireland in the 1790s*, Cambridge/New York etc. 2000, S. 34–36; *Danny Mansergh, Grattan's Failure. Parliamentary Opposition and the People in Ireland, 1779–1800*, Dublin 2005, S. 220–241.

39 *Grattan Jr., Memoirs*, Bd. IV, S. 345.

position zu bewahren. Nicht nur ihre Gegner verdächtigten die Whigs, die gewaltsamen Unruhen zu unterstützen, die im Mai 1798 in eine offene Rebellion mündeten. Auch die United Irishmen selbst sahen sich als mit der parlamentarischen Opposition im Bunde, wozu auch der aggressive Ton der Rechtfertigungsschreiben der Boykotteure einiges beitrug. »Our error«, räumte Grattan rückblickend, im Wissen um den blutigen und erfolglosen Ausgang des Aufstandes ein, »was in not having seceded sooner; for the Opposition, I fear, encouraged the United Men by their speeches«. ⁴⁰ Die Unterdrückung der Rebellion leitete einen Prozess der politischen Integration ein, in dessen Folge Irland 1800 durch den »Act of Union« in das Vereinigte Königreich integriert wurde. »Grattan's« Parlament wurde aufgelöst.

IV. DIE FOXITE SECESSION (LONDON, 1797–1801)

Nicht nur in Dublin, sondern auch in Westminster hatte sich die Lage der Whigs seit dem Eintritt Großbritanniens in den Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich im Jahr 1793 radikal verschlechtert, sodass auf Anregung von James Maitland, dem 8. Earl of Lauderdale, Charles Grey und Francis Russell, dem 5. Herzog von Bedford, auch hier erneut Stimmen für einen Parlamentsboykott laut wurden. ⁴¹ Der Oppositionsführer, Charles James Fox, der sich schon in den 1770er-Jahren nicht am Boykott beteiligt hatte, blieb auch jetzt zunächst skeptisch. Obwohl er anerkannte, dass die Beteiligung der Opposition in den letzten Jahren fruchtlos geblieben war und dass »by persevering we are assisting the imposture which is putting upon the people, that the government is still a free one«, hielt er einen Boykott schließlich doch für feige, »the measure of a shabby fellow«. ⁴² Außerdem könne ein solches Vorgehen den Anschein wecken, dass die Whigs das Volk im Stich ließen, da sich ihre Hoffnungen auf eine eigene Regierungsübernahme auf längere Sicht zerschlagen hatten.

Als sich die politische Lage 1797 jedoch weiter zuspitzte und die Aktion ihrer Verbündeten in Dublin zudem Wirkung zu erzielen schien, ließ Fox sich schließlich doch überzeugen. Kaum zwei Wochen nach den irischen Whigs traten am 26. Mai auch ihre englischen Gesinnungsgenossen aus dem Parlament zurück. ⁴³ Das Vorgehen glich dem in Dublin in mehr als einer Hinsicht. Auch in Westminster wurde eine Debatte über eine Parlamentsreform zum Anlass genommen, ein letztes Mal Anklage gegen die Missstände im politischen System zu erheben und aus dem fehlenden repräsentativen Charakter des Parlaments seine Nichtigkeit als Forum des Volkswillens abzuleiten. Am Schluss seiner Rede verkündete Fox das Vorhaben der Whigs, bei Nichtannahme der Reformvorlage dem Haus den Rücken zu kehren und sich sinnvolleren Dingen zu widmen, als »fruitless exertions, and [...] idle talk, in this House«. ⁴⁴ Als die Abstimmung (256 gegen 91) wie erwartet die enorme Übermacht der Regierungsmehrheit bestätigte, verließen Fox und seine Anhänger geschlossen den Saal.

⁴⁰ Ebd., S. 346.

⁴¹ R. G. Thorne, *The House of Commons, 1790–1820*, London 1986, Bd. I, S. 151–155.

⁴² Charles James Fox an Henry Richard Vassal-Fox, Baron Holland, Brief v. 12.4.1795, zit. nach: *John Russell* (Hrsg.), *Memorials and Correspondence of Charles James Fox*, London 1853–1854, Bd. III, S. 105f.

⁴³ Vgl. *Leslie G. Mitchell*, *Charles James Fox*, Oxford/New York etc. 1992, S. 136–157.

⁴⁴ *The Parliamentary History of England*, hrsg. v. *William Cobbett*, London 1806–1820, Bd. XXXIII, Sg. v. 26.5.1797, Sp. 731–732. Vgl. auch *Charles James Fox*, *The Substance of the Speech of the Right Honourable Charles James Fox, on Mr. Grey's Motion in the House of Commons, Friday, May 26, 1797*, London 1797, S. 31.

Die Aktion erregte im Parlament selbst und weit darüber hinaus Aufsehen. Obwohl es im eigenen Lager durchaus einige Unterstützer gab⁴⁵, waren die Reaktionen im Ganzen diesmal doch überwiegend negativ. Wie sich insbesondere auch an den zahlreichen Karikaturen, die sich mit der Thematik befassten, zeigen lässt, kreiste die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Boykott dabei um drei Motive, welche die breit geteilte Ansicht, dass das Handeln der Opposition eine »unwarrantable dereliction of their public duty«⁴⁶ darstelle, jeweils in ein unterschiedliches Licht rückten. Erstens wurde der Rückzug als Ausdruck politischer Feigheit gedeutet. Kurz nach dem Austritt stellte der populäre Karikaturist James Gillray die Whigs als Ratten dar, die dem Parlament, das sie versucht hatten, zu unterminieren, nun Hals über Kopf entflohen.⁴⁷ Ein Jahr später zeichnete er Fox noch einmal auf der Flucht (Abbildung 1), begleitet von seinem treuen »opposition greyhound« Charles Grey und Michael Angelo Taylor als fipsigem Schoßhündchen. Im Hintergrund waren diesmal jedoch auch die inzwischen in die Kammer zurückgekehrten Oppositionsabgeordneten zu sehen, die in einem »democratic Déjeuné« gezwungen werden, demütig ihre großen Worte beim Austritt zu verspeisen, während Premierminister William Pitt der Jüngere ihnen eine lange Liste seiner politischen Erfolge vorhält.⁴⁸

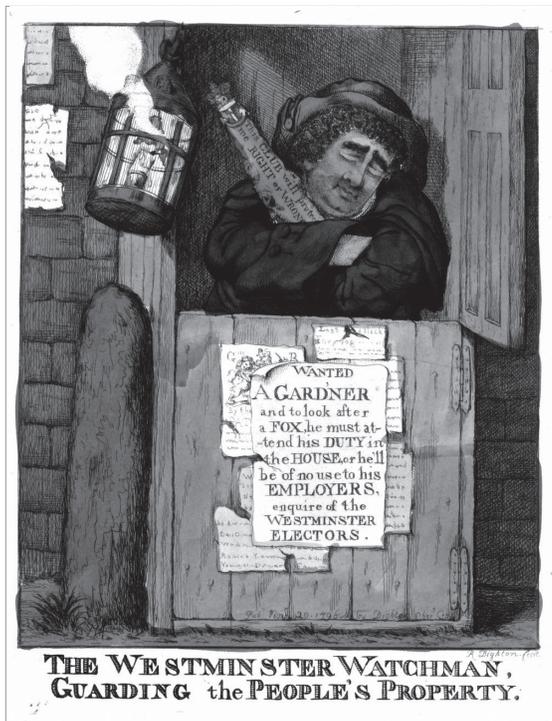
Abbildung 1:
James Gillray, Stealing off; – or – prudent Seces[s]ion (London, 6.11.1798)



45 Etwa *Christopher Wyvill, The Secession from Parliament Vindicated*, York 1799.
 46 *William Woodfall, To the Public*, in: *ders.* (Hrsg.), *An Impartial Report of the Debates that Occur in the Two Houses of Parliament*, Bd. II, London 1798, S. i–x, hier: S. iv. Vgl. auch *House of Commons*, in: *The Observer*, 31.12.1797.
 47 *James Gillray, Parliamentary Reform, – or – Opposition-Rats, Leaving the House they Had Undermined* (London, 28.5.1797). Vgl. *Christopher Reid, Imprison'd Wranglers. The Rhetorical Culture of the House of Commons, 1760–1800*, Oxford 2012, S. 48–50.
 48 Vgl. auch die Karikatur *o. V., Truant School-Boys, returning to their Duty!* (London, 26.11.1797), auf der die schwänzenden, als Sansculotten gekleideten Boykotteure reuevoll zurückkehren und von dem mit einer Rute bewaffneten Schulmeister Pitt empfangen werden mit den Worten: »O you pack of sad Jacobin Rascals. So, because you could not bar me out of my own School you went off in the sulks! I've had a Rod in pickle for you some time and I'll tickle your Tobys' to the tune of Ça ira!!«

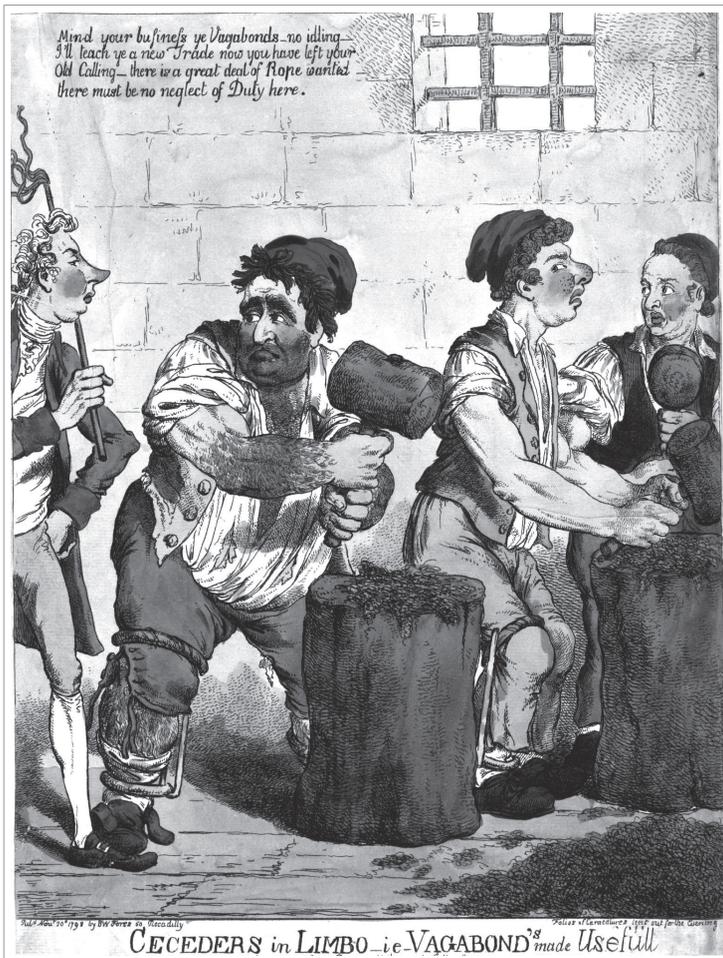
Aus einem etwas anderen Blickwinkel wurde der Boykott auch als Ausdruck politischer Indolenz oder – auf die Person Fox fokussiert – eines eskapistischen Rückzugs ins Privatleben aufgefasst, was den ohnehin geläufigen Vorwurf des Pflichtversäumnisses noch einmal unterstrich. Vielfach zeigten die Karikaturisten Fox im genüsslichen Schlummer⁴⁹, als schlafenden Nachtwächter (Abbildung 2)⁵⁰ oder als arbeitsscheuen Vagabunden, wie er von Pitt zur Zwangsarbeit verpflichtet wird (Abbildung 3). Solche Darstellungen konnten sich darauf beziehen, dass Fox schon zuvor wiederholt signalisiert hatte, der Politik den Rücken kehren zu wollen. Nach seiner Abdankung zog er sich auf sein Landgut zurück und widmete sich der Literatur und Geschichtsschreibung, Aktivitäten, die er, wie er Grey beichtete, den Debatten in den Commons weit vorzog.⁵¹ Doch für politische Gegner blieb das Bild von Fox »enjoying *otium cum dignitate*«⁵², während sich das Land in höchster Not befand, ein Skandal.

Abbildung 2:
Richard Dighton, *The Westminster Watchman, Guarding the People's Property*
(London, 20.11.1798)



- 49 Vgl. auch die weiteren Karikaturen *Robert Dighton*, *The Hopes of Britain Blown Away Thro' a Speaking Trum-Pitt* (o. O., 11.12.1798); *James Gillray*, *Hercules Reposing* (London, 7.5.1799).
- 50 »Westminster Watchman« war seit den 1780er-Jahren ein geläufiger Spitzname für Fox und bezog sich auf sein immer waches Eintreten für die Interessen seines Wahlkreises.
- 51 Fox an Grey, o. D. [im Jahr 1800], zit. nach: *Russell*, *Memorials and Correspondence of Charles James Fox*, Bd. III, S. 310f.
- 52 *A Suffolk Freeholder [Charles E. Stewart]*, *Thoughts on Mr Fox's Secession for Six Months and Return for a Day*, London 1798, S. 5.

Abbildung 3:
 Charles Williams, *Ceceders in Limbo – i.e. – Vagabond’s made Usefull*
 (London, 20.11.1798)



Drittens kam der Verdacht hinzu, dass das Verlassen des Parlaments den Auftakt zu einer gewaltsamen Rebellion darstellen könnte, wie sie im Lichte der französischen Ereignisse ohnehin ständig erwartet wurde. »The motive«, hatte Pitt in einem direkten Angriff auf Fox im Unterhaus gemutmaßt, »is at best suspicious, and the declining to attend under such circumstances led at least to inquiry, whether by keeping away he sought opportunities to effect that, by inflaming the people without these walls, which no exertion of his talents could achieve within.«⁵³ In der Tracht der Sansculotten oder in der Uniform des französischen Militärs wurden die Whigs als fünfte Kolonne abgebildet, die sich bereit macht, das Parlament, aus dem sie sich entfernt hatten, nun gewaltsam zu zerstören (Abbildung 4).⁵⁴

53 *Cobbett*, *The Parliamentary History of England*, Bd. XXXIII, Sg. v. 4.1.1798, Sp. 1272–1273.

54 Vgl. auch die Karikatur *Isaac Cruikshank*, *The Watchman of the State* (London, 20.6.1797).

Abbildung 4:
Isaac Cruikshank, *The Republican Soldier!* (London, 12.5.1798)



Auch da eine einheitliche Rechtfertigungsstrategie vonseiten der Whigs ausblieb, dominierten die negativen Darstellungen die öffentliche Wahrnehmung des Boykotts. Hinzu kam, dass auch seine praktische Umsetzung erneut zu wünschen übrig ließ. Die Whigs waren keine Partei im späteren Sinne, sondern ein lose organisiertes Netzwerk von gleich gesinnten Abgeordneten, die sich bei wichtigen Abstimmungen tendenziell, aber keineswegs immer, an der Linie ihres informellen Anführers Fox orientierten. Darüber hinaus blieb die Boykottstrategie selbst in Fox' unmittelbarem Umfeld umstritten.⁵⁵ Verschiedene führende Abgeordnete waren der Meinung, dass die Abkehr vom Parlament einen allzu radikalen Bruch mit dem politischen System impliziere. »Secession means rebellion«, meinte etwa John Petty, der 2. Marquis von Lansdowne, »or it is nonsense«.⁵⁶ Andere, wie George Tierney, hielten den Rücktritt für unvereinbar mit ihrem Wählermandat.

⁵⁵ Henry Richard Vassall-Fox, 3. Baron Holland, *Memoirs of the Whig Party during My Time*, London 1852–1854, Bd. I, S. 84–93.

⁵⁶ Zit. nach: ebd., S. 90f. Später scheint Lansdowne seine Meinung jedoch geändert zu haben, da Fox schrieb: »I am glad to hear Lansdowne, at last, approves of our secession; whether it will ever produce any effect I know not; but I own I think it has a better chance of doing so than attendance«. Brief an Lord Holland o.D. [Okt./Nov. 1797], zit. nach: *Russell, Memorials and Correspondence of Charles James Fox*, Bd. III, S. 138.

In dieser Hinsicht machte auch die lange Dauer des Boykotts einen entscheidenden Unterschied. Die Aktion der irischen Whigs hatte mit der Auflösung des Parlaments nach nicht einmal zwei Monaten geendet. Da in London jedoch keine Neuwahlen in Sicht waren, fehlte dem Boykott hier ein natürlicher Schlusspunkt. Je länger die Aktion andauerte, umso ungeduldiger wurden die Abgeordneten. Aus dem eigenen Lager gab es ständig Bemühungen, Fox und die anderen Führer dazu zu überreden, in die Kammer zurückzukehren.⁵⁷ Neben verschiedenen prinzipiellen Bedenken gegen die Strategie spielte dabei auch eine Rolle, dass die Interessen der einzelnen Abgeordneten mit denen des Kollektivs nicht notwendigerweise übereinstimmten. Das galt zunächst für die ambitionierten, jungen Whigs, für die sich durch den Rücktritt ihrer parlamentarischen Führer Chancen ergaben, sich selbst als Stimme der Opposition zu profilieren. Inwiefern die hochtrabenden politischen Grundsatzserklärungen gegen den Boykott tatsächlich nur Vorwand für eigene Ambitionen waren, kann im Nachhinein im Einzelnen nicht immer entschieden werden. Doch wurde die Vermutung, dass sich hinter dem Verhalten einzelner Abgeordneter eigenartige Motive verbargen, zeitgenössisch durchaus ernst genommen. So war Charles Grey, der die Strategie selbst wesentlich mitinitiiert hatte, spätestens im Dezember 1797 eigentlich »tired of inactivity«⁵⁸, befürchtete aber, dass seine Wiederkehr in das Parlament den Eindruck erwecken könne, er habe Fox nur deshalb zum Rücktritt bewogen, um selbst die Führung der Whigs übernehmen zu können. Bei diesen Bedenken wird ihm vor allem das Beispiel George Tierneys vor Augen gestanden haben, dessen Verbleib im Parlament von vielen Whigs als illoyal wahrgenommen und scharf kritisiert wurde, da »his attendance was sufficient to defeat the object of secession«.⁵⁹

Doch brachte der Boykott auch weniger ambitionierte Abgeordnete in eine schwierige Lage. Der Rücktritt eines prominenten Politikers wie Fox zog öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und bot ihm eine Reihe von alternativen Plattformen zur politischen Artikulation. Das galt für die Presse, in der er ständig präsent blieb, aber auch für andere Foren. Als bei einem Diner zu Ehren seines Geburtstags im Gasthaus »Crown and Anchor«⁶⁰ – einem bekannten Treffpunkt der Whigs und der Radikalen – verschiedene Anwesende, darunter Fox selbst, einen Toast auf »our sovereign's health – the majesty of the people« ausbrachten, löste dies einen politischen Skandal und ein nationales und internationales Presseecho aus.⁶¹ Unbekannte Hinterbänkler dagegen hatten es nicht so leicht, sich alternative Foren zu verschaffen. Sie verloren durch die Entfernung aus dem Plenum ihren wichtigsten politischen Handlungsraum. Nicht zuletzt deswegen war es für sie schwierig, ihre Wähler vom Sinn ihrer parlamentarischen Enthaltensamkeit zu überzeugen. Gerade im oppositionellen Lager hatte das Argument, dass sich ein Abgeordneter als Vertreter seiner Wähler und der Nation im Ganzen nicht aus der Debatte zurückziehen dürfe, hohes Ge-

57 *Elizabeth Vassall-Fox, Baroness Holland, The Journal of Elizabeth Lady Holland (1791–1811)*, hrsg. v. *Giles Stephen Holland Fox-Strangways*, 6. *Earl of Ilchester*, London 1908, Bd. I, S. 164–165, Eintrag v. 1.11.1797; Bd. II, S. 38, Eintrag v. 10.11.1799; Brief an Lord Holland v. 2.11.1797, in: *Russell, Memorials and Correspondence of Charles James Fox*, Bd. III, S. 273–274.

58 *Holland Fox-Strangways, The Journal of Elizabeth Lady Holland*, Bd. I, S. 215, Eintrag v. 8.12.1798.

59 *Vassall-Fox, Memoirs*, Bd. I, S. 89.

60 Der schlafende Nachtwächter auf Abbildung 2 hält eine Keule (*club*) zwischen seinen verschränkten Armen mit darauf Krone und Anker sowie die Aufschrift »This club will protect me right or wrong«.

61 Vgl. *Georgina Green, The Majesty of the People. Popular Sovereignty and the Role of the Writer in the 1790s*, Oxford/New York etc. 2014, S. 17–24, sowie zu dieser politischen Arena ausführlich *Marc Baer, Political Dinners in Whig, Radical and Tory Westminster, 1780–1880*, in: *Clyve Jones/Philip Salmon/Richard W. Davis* (Hrsg.), *Partisan Politics. Principle and Reform in Parliament and the Constituencies, 1689–1880*, Edinburgh 2005, S. 183–206.

wicht. In zahllosen Briefen, Zeitungsartikeln und Pamphleten beklagten sich individuelle Wähler und außerparlamentarische Oppositionsgruppen bei den Sezessionisten darüber, ihre Stimme im Parlament verloren zu haben.⁶²

Angesichts der sich widersprechenden Erwartungen der Kollegen und der Wähler entschieden sich viele Abgeordnete über kurz oder lang, in die Versammlung zurückzukehren. Das galt auch für Teile der Parteiprominenz. Richard Brinsley Sheridan und Charles Grey erschienen schon bald wieder regelmäßig im Plenum. Der Herzog von Bedford, sonst einer der konsequentesten Sezessionisten, nahm an einer Debatte im House of Lords über die Einführung einer Einkommenssteuer zur Kriegsfinanzierung teil, beschränkte seine Anwesenheit allerdings auf das absolute Minimum, indem er erst kurz vor Debattenschluss das Haus betrat und den Saal direkt nach seiner Rede wieder verließ, mit dem befremdlichen Effekt, dass der nachfolgende Redner auf Regierungsseite seine Erwiderung ins Blaue hinein sprechen musste: »[H]e looked to right, to left, and over his shoulder, in vain, and was at last compelled to inveigh against an absent man«.⁶³

Um eine Spaltung zu verhindern, betonte Fox, dass sein Fernbleiben nicht in engerem Sinne als »measure« der gesamten Fraktion zu verstehen sei und er anderen die Teilnahme an bestimmten Debatten nicht nur erlaube, sondern sogar ausdrücklich empfehle.⁶⁴ Dadurch wurde ein definitiver Bruch vermieden, der Eindruck eines fundamentalen Risses im oppositionellen Lager jedoch nur wenig geschmälert, zumal auch Fox selbst sich nicht konsequent an die vereinbarte Strategie hielt. Schon im Dezember 1797 nahm er unter Druck seiner Wähler – wie er betonte, ausnahmsweise – an einer Debatte über die Steuerreform teil.⁶⁵ Seine Rückkehr in den Commons löste »a general sensation« aus, schmälerte aber auch die symbolische Kraft, die von seiner langfristigen Abwesenheit ausging.⁶⁶ In der Folge entschloss sich Fox wiederholt zu weiteren Ausnahmen.

Dabei hatte der Boykott durchaus unerwartete Folgen, gerade auch auf Regierungsseite. Zunächst veränderte der Auszug der Whigs auch in Westminster die Atmosphäre der Plenardebatten. Während der Verhandlung der Royal Speech im November 1797 – traditionell eine Gelegenheit für politische Grundsatzdebatten zwischen Regierung und Opposition – bot das Hohe Haus »a singular and melancholy appearance – the benches of the opposition being in a manner deserted«.⁶⁷ Das fehlende Gegenüber nahm der Regierung ihren Resonanzraum und damit auch eine wichtige Plattform zur Lenkung der öffentlichen Meinung. Mehrmals versuchte Pitt durch ironische Spitzen gegen die abwesenden Abgeordneten oder übertriebenes Lob für die zurückgebliebenen, die Opposition zur Rückkehr zu bewegen, aber ohne Erfolg.⁶⁸

Darüber hinaus verschob die Abwesenheit der Opposition die Verhältnisse im Regierungslager selbst. Dem König gegenüber beraubte sie Pitt und seine Minister eines wichtigen Hebels, denn wo es keine Opposition gab, konnte der Fürst nicht durch das Drogebilde ihrer potenziellen Machtübernahme von unwillkommenen Maßnahmen abgebracht

62 B. C. Walpole, *Recollections of the Life of the Late Right Honorable Charles James Fox*, London 1806, S. 166; Marc Baer, *The Rise and Fall of Radical Westminster, 1780–1890*, Basingstoke/New York 2012, S. 47.

63 *Vassall-Fox*, *Memoirs*, Bd. I, S. 144–145.

64 Briefe an Lord Holland v. 7.8.1797 und März 1798, zit. nach: *Russell*, *Memorials and Correspondence of Charles James Fox*, Bd. III, S. 136–137 und 144–145.

65 Philip Francis an Fox, Brief v. 16.11.1797, zit. nach: *Joseph Parkes/Herman Merivale* (Hrsg.), *Memoirs of Sir Philip Francis, K.C.B., with Correspondence and Journals*, London 1867, Bd. II, S. 305–306.

66 O. V., *The Annual Register or a View of the History, Politics, and the Literature for the Year 1798*, London 1800, S. 192.

67 *William Belsham*, *Memoirs of the Reign of George III*, London 1795–1801, Bd. VI, S. 352–354.

68 *Vassall-Fox*, *Memoirs*, Bd. I, S. 92.

werden. Auch das Verhältnis zwischen den Führern der Regierungsfraktion und ihren Hinterbänklern änderte sich durch das Wegbleiben der Oppositionsabgeordneten. Georgiana Cavendish, die Herzogin von Devonshire, blieb auch Ende 1798 noch davon überzeugt, dass die Strategie ihres politischen Schützlings Fox die richtige war: »Being no longer of any use, he retired«, schrieb sie ihrem Vertrauten Philip Francis, »and his retirement has, I think, opened more eyes than any other measure could have done. The extreme fretful dislike my Pittite friends express to the secession proves to me that they have reason to fear it.«⁶⁹ In seiner Antwort wies Francis jedoch darauf hin, dass der Unmut unter den Hinterbänklern auf Regierungsseite durchaus auch anders erklärt werden konnte.

»Your petty ministerial friends abuse the secession, and therefore you conclude that the minister suffers by it. No such thing. It lowers their consequence with him [Pitt], it annihilates the moral value of their vote; he wants no support, because he is not opposed, and of course will not pay them for their attendance. Of course, they abuse the secession.«⁷⁰

Da die Abstimmungsverhältnisse nun absolut eindeutig waren, wurden die Hinterbänker nicht länger gebraucht. Damit fielen aber auch die Kompensationsleistungen weg, die für ihre loyale Unterstützung üblicherweise anfielen. Kein Wunder, dass gerade auch viele Tories die Abwesenheit der Whigs schmerzlich beklagten.

Doch hatte die Opposition selbst unter dem Boykott schließlich deutlich mehr zu leiden. Durch ihre uneinheitliche Umsetzung wurde immer wieder ihr schwacher Zusammenhalt unter Beweis gestellt und die Symbolwirkung der Sezession entsprechend abgeschwächt. Gleichzeitig verringerte dies nicht die politischen Kosten der Strategie. Denn in praktischer Hinsicht bedeutete sie auch, dass die Opposition Pitt und seinen Anhängern die Arena des Parlaments fast vollkommen überließ. Im Durchschnitt erreichten die Whigs in den Abstimmungen der Jahre 1797 bis 1800 etwa 24 Stimmen, gegen eine Regierungsmehrheit von 125.⁷¹ Auch viele der einschneidenden anti-oppositionellen Maßnahmen dieser Jahre, von der erneuten Suspendierung des Habeas Corpus bis hin zur Repression oppositioneller Organisationen und Presseorgane, passierten das Haus ohne nennenswerten Widerstand. So wurde mit der Zeit unübersehbar, dass die Nachteile der Strategie ihre Vorteile deutlich überwogen. Begierig ergriffen die Foxites 1801 daher die Gelegenheit des Sturzes von Pitts Regierung, um in das Parlament zurückzukehren.

V. DIE FRANZÖSISCHE DEBATTE DES JAHRES 1823 REVISITED

In Frankreich war das politische Debakel der Foxites auch 1823 unvergessen. Als die linke Opposition im Kontext der Affäre Manuel über die Möglichkeit eines Parlamentsboykotts diskutierte, erinnerte der Herzog Achille-Léon Victor de Broglie jeden, der es hören wollte, an die Whigs und erklärte die ganze Strategie für einen »Notbehelf für Stumme und Heloten«. Hätten nicht schon Fox und seine Anhänger die Versammlung mit viel Tamtam verlassen? »Was haben sie davon gehabt? Man hat ihnen eine gute Reise gewünscht, man hat auf ihre Anwesenheit verzichtet und über ihre Rückkehr gelacht.«⁷² Nur

69 Lady Devonshire an Francis, Brief v. 29.11.1798, zit. nach: *Parkes/Merivale*, *Memoirs of Sir Philip Francis*, Bd. II, S. 309.

70 Francis an Lady Devonshire, Brief v. 3.12.1798, zit. nach: ebd., S. 312.

71 *Thorne*, *The House of Commons*, S. 154, sowie mit Blick auf die Irlandpolitik *Douglas Kanter*, *The Foxite Whigs, Irish Legislative Independence and the Act of Union, 1785–1806*, in: *Irish Historical Studies* 36, 2009, S. 332–348, hier: S. 335–337.

72 *Achille-Léon-Victor de Broglie*, *Souvenirs, 1785–1870*, Paris 1886, Bd. II, S. 329f. Vgl. für eine ähnliche Analogie auch *Armand d'Egville*, *Mémoires historiques et politiques de 1820 à 1830*, Paris 1830, S. 97f.

wenn es sich tatsächlich um das Vorspiel einer gewaltsamen Revolution handele, könne ein Parlamentsboykott ernst genommen werden.

In späteren Jahren sollte Broglie seine Meinung jedoch ändern. Die Lage der französischen Linken sei – meinte er in seinen Memoiren rückblickend – eben doch nicht wirklich mit der der Foxites vergleichbar gewesen. Deren Austritt sei aus Entmutigung in einer Situation politischer Aussichtslosigkeit erfolgt, was vielleicht verständlich, aber letztlich doch nicht zu entschuldigen gewesen sei, denn: »[D]ie Devise einer Opposition ist: *Etiam si omnes, ego non*; ihre Rolle ist es, das Terrain Schritt für Schritt zu verteidigen; ihr Spiel, umso lauter die Stimme zu erheben, je weiter sie von der Macht entfernt ist.«⁷³ In einem solchen Fall sei es nur natürlich, dass die britische Regierung den Rücktritt als Flucht und die anschließende Rückkehr als *mea culpa* habe darstellen können. Doch die Position der französischen Linken, meinte er, seine eigene damalige Ansicht korrigierend, sei 1823 doch eine andere gewesen. Sie habe mit dem Ausschluss Manuels nicht nur einen unmittelbaren Anlass für den Rücktritt gehabt (»das Rednerpult war versklavt; in einem ihrer Anführer war die Redefreiheit verletzt und erstickt worden«⁷⁴), sondern auch ein natürlich beschränktes Zeitfenster. Nach der Rückkehr Manuels – der für die Dauer von einem Jahr ausgeschlossen worden war – hätte die Linke erhobenen Hauptes wiederkehren können, um ihre oppositionelle Rolle in der Parlamentsdebatte mit doppelter Energie wieder aufzunehmen.

Obwohl er seine Meinung später ändern würde, hatte sich der anglophile Broglie 1823 zunächst an dem Beispiel der Foxite Secession orientiert und daraus den Schluss gezogen, dass eine Boykottstrategie für die Opposition keinerlei Erfolg versprach. Mahul dagegen hatte ein anderes Vorbild im Blick und zog daraus genau die entgegengesetzte Schlussfolgerung. Er erinnerte seine Leser daran, dass sich die sogenannten Ultraroyalisten, die ihnen jetzt als Teil der Regierungskoalition gegenüberstanden, noch wenige Jahre zuvor in einer nicht weniger peniblen Lage befunden hatten als gegenwärtig die Linke. Als konservative Oppositionsminderheit habe auch sie sich damals zu einer »Taktik, auf das Wort zu verzichten und schweigend abzustimmen« entschlossen. Und dieser Boykott der parlamentarischen Debatte (aber nicht der Abstimmung) sei, so Mahul, durch seine konsequente Umsetzung in der Tat von Erfolg gekrönt gewesen, denn schließlich sei die Mitte-Links-Mehrheit der damaligen Regierung an ihren inneren Widersprüchen zerbrochen. So seien die Weichen für die konservative Regierung Villèle gestellt worden, mit der sich die Linke heute konfrontiert sah. Jetzt solle, schloss er, die Linke von ihren Gegnern lernen und den Boykott mit derselben Konsequenz umsetzen.⁷⁵

In der Tat konnte kein Zweifel daran bestehen, dass die Ultraroyalisten sich innerhalb kurzer Zeit aus einer äußerst schwachen Lage in eine zentrale politische Position manövriert hatten. Doch war die Rolle des Boykotts in diesem Prozess wirklich so eindeutig gewesen, wie Mahul sie seinen Lesern präsentierte?

VI. DAS VIELSEITIGE SCHWEIGEN DER ULTRAS (PARIS, 1819–1820)

Nach der Auflösung der royalistisch dominierten »Chambre introuvable« im September 1816 standen im Frankreich der Restauration verschiedene gemäßigt liberale Regierungen einem Parlament gegenüber, in dem die sogenannten *ultras* tonangebend waren. Es handelte sich um eine als »royalistischer als der König«⁷⁶ geltende Gruppe, die sich poli-

73 Broglie, *Souvenirs*, Bd. II, S. 330.

74 Ebd., S. 331.

75 Mahul, *Du Silence*, S. 9f.

76 François-René de Chateaubriand, *De la Monarchie selon la Charte*, Paris 1816, S. 143.

tisch an dem Grafen von Artois orientierte, dem jüngeren Bruder des Königs und als Karl X. dessen späteren Nachfolger.⁷⁷ Nachdem die Regierung Richelieu 1818 gestürzt worden war, wurde die Regierungsführung nominell vom Marquis Jean-Joseph Dessolles, de facto aber vom Grafen Élie Decazes ausgeübt, der sich als enger Vertrauter Ludwigs XVIII. eines starken Rückhalts am Hof sicher sein konnte. Dennoch war seine Regierungszeit von erbitterten politischen Kämpfen gezeichnet. Während die Regierung auf wechselnde Bündnisse mit den Doktrinären und dem *centre-gauche* angewiesen war, wurde sie von den beiden Extremen des Plenums scharf angefeindet. Einmal galt das für den linksliberalen Flügel, insbesondere für die prinzipiell-republikanische Gruppe der sogenannten *indépendants*, deren Stimme durch wiederholte Wahlerfolge seit 1816 beständig an Gewicht zunahm. Beherrscht wurde die Debatte jedoch vor allem von den Invektiven der weit größeren Fraktion der konservativen Ultras, die im liberalen Kurs der Regierung eine linke Verschwörung gegen die Monarchie witterten.⁷⁸

Ihre Überzeugung, dass die legitime Stimme der Monarchisten durch unlautere Machenschaften der Regierung unterlaufen werde, fand im März 1819 Bestätigung. Als der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes in der von den Ultras beherrschten Adelskammer eine Abstimmungsniederlage drohte, ernannte der König kurzerhand 61 neue, regierungstreue Pairs, um so die Mehrheitsverhältnisse zu verschieben.⁷⁹ Die royalistische Presse reagierte mit einem Sturm der Entrüstung, während die Abgeordneten selbst unter sich über eine passende Reaktion berieten. Einige führende Ultras wie Chateaubriand und Villèle plädierten dafür, dass die Abgeordneten aus Protest von ihren Mandaten zurücktreten sollten. Doch schließlich setzte sich der Vicomte Joseph Lainé mit dem Vorschlag einer anderen Boykottvariante durch, bei dem die Abgeordneten die Debatten weiter besuchen würden, ohne jedoch das Wort zu ergreifen.⁸⁰

Diese Idee war schon während der Französischen Revolution aufgekommen. Als der König 1791 nach seinem in Varennes gestrandeten Fluchtversuch politisch kaltgestellt worden war, hatten 290 monarchistische Abgeordnete (etwa ein Viertel des Plenums) ein Protestschreiben unterzeichnet, in dem sie erklärten, dass die Nationalversammlung durch den unrechtmäßigen Eingriff in die königlichen Rechte ihre Legitimität verloren hatte. Um Schlimmeres zu verhindern, wollten sie den Debatten weiterhin beiwohnen, jedoch ohne sich zu Wort zu melden. Ihr prinzipielles Schweigen sollte »unseren tiefen Schmerz bekunden und den einzigen Ausdruck unserer beharrlichen Opposition darstellen«. ⁸¹ Im

77 Vgl. *Jean-Jacques Oechslin, Le Mouvement ultra-royaliste sous la Restauration. Son idéologie et son action politique, 1814–1830*, Paris 1960, S. 55–75 et passim.

78 Vgl. *David Skuy, Assassination, Politics, and Miracles. France and the Royalist Reaction of 1820*, Montreal 2003, S. 42–48.

79 Vgl. *Emmanuel de Waresquiel/Benoît Yvert, Histoire de la Restauration. 1814–1830. Naissance de la France moderne*, Paris 2002, S. 260–268; *Emmanuel de Waresquiel, Un groupe d'hommes considérables. Les pairs de France et la Chambre des pairs héréditaire de la Restauration. 1814–1831*, Paris 2006, S. 153–159.

80 *Hélie Guillaume Hubert de Noyelles, Le Comte Molé, 1781–1855. Sa vie – ses mémoires*, Paris 1924–1930, Bd. IV, S. 266.

81 *Jean-Sifrein Maury/Louis-Pierre-François Godart de Belbeuf/Ambroise Eulalie de Malartic u. a., Déclarations de deux cents quatre-vingt-dix députés. Sur les décrets qui suspendent l'exercice de l'autorité royale, et qui portent atteinte à l'inviolabilité de la personne sacrée du Roi*, Paris 1791, S. 6. Wie immer optimistisch über die Wirkung eines Boykotts veröffentlichte Edmund Burke im »Annual Register« eine Übersetzung des Manifests und betonte, dass die symbolische Ausdruckskraft des Schweigens der Monarchisten »contributed as much, if not more, perhaps, than any argument, to the preservation of monarchy in France.« *O. V., The Annual Register or a View of the History, Politics, and the Literature for the Year 1791*, Neuauf., London 1824, S. 169–172 und 191f.

Chaos der sich überschlagenden revolutionären Ereignisse war aus dem Vorhaben nicht viel geworden, doch im Kontext der Restauration sollten die Monarchisten die Strategie durchaus mit Erfolg aufgreifen.

In der Adelskammer stimmten die Ultras ohne weitere Debattenteilnahme gegen das Wahlgesetz. In der Deputiertenkammer weiteten sie ihre Renitenz indes auch auf alle anderen Regierungsvorlagen aus. In der Debatte über das neue, relativ liberale Zensurgesetz des Justizministers Hercule de Serre wurde von rechter Seite lediglich ein einzelnes, politisch belangloses Amendement eingebracht.⁸² Dies war umso auffälliger, da sich die Royalisten noch kurz zuvor sehr aktiv für eine Liberalisierung der Presse ausgesprochen hatten. Diese Diskrepanz wurde von Gegnern aufgegriffen, das Handeln der Ultras als prinzipienloses Taktieren anzuprangern. Sarkastisch drückte der Anführer der *indépendants*, Benjamin Constant, in der Debatte sein Bedauern darüber aus, dass die Konservativen, die noch vor Kurzem so begeistert für die Pressefreiheit agitiert hatten, das Feld nun den Linksliberalen überließen.⁸³ Doch ließen sich die Ultras von solchen Spitzen nicht aus der Reserve locken.

In den Reaktionen auf den Boykott in der politischen Presse kamen erneut die schon aus dem britischen Kontext bekannten Argumente zum Tragen. Die liberale Presse beklagte, dass die royalistischen Abgeordneten ihre Pflicht versäumten, und wies auf die taktische Gefahr hin, dass die Opposition durch ihr Schweigen der Regierung das legislative Terrain kampfflos überlasse. Wie üblich, hieß es im Nachklang der Rede Constants, bleibe es mal wieder der Linken vorbehalten, sich für die verfassungsrechtlichen Freiheiten des Volkes zu engagieren: »Wenn die Linken auf der Straße kämpfen, stehen die Rechten vor den Fenstern.«⁸⁴ Ironisch warnten Kritiker, dass das Schweigen der Ultras ihre ohnehin schon schwache Position auf Dauer nur noch weiter untergraben werde. »Ich kenne«, hieß es etwa in der liberalen Tageszeitung »La Minerve française«, »die ganze Eloquenz, die das Schweigen manchmal haben mag, aber ein liebenswertes und leichtsinniges Volk ist manchmal vergesslich, und es gibt Namen, die man sich nur merken kann, wenn sie oft wiederholt werden. Das Rednerpult ist das Theater der Oratoren.«⁸⁵ Da man das Fehlen der royalistischen Stimme bisher jedoch kaum bemerkt habe, geschweige denn, dass ihr Beitrag vermisst worden wäre, hätten die Ultras mit ihrem Schweigen schließlich vor allem ihre eigene Überflüssigkeit unter Beweis gestellt: »Ob aus Unbesonnenheit, Gleichgültigkeit oder Bescheidenheit, haben sie sich jenseits der politischen Welt begeben, und ihr Testament ist unterschrieben.«⁸⁶

In der royalistischen Presse war die Darstellung erwartungsgemäß positiver. Hier bedauerte man den schmerzlichen Niveauverlust, der mit der Abstinenz der Konservativen einhergehe. Ohne ihre Beiträge erschöpfe sich die Debatte in einem Austausch von leeren

82 Vgl. *Duvergier de Hauranne*, *Histoire du gouvernement parlementaire en France*, Bd. V, S. 76–85; *Nora E. Hudson*, *Ultra-Royalism and the French Restoration*, Cambridge 1936, S. 76–78.

83 AP, Bd. XXIII, Sg. v. 16.4.1819, S. 651–652.

84 *J.-P.-P.*, Session des Chambres, in: *La Minerve française* 5, 1819, S. 606–607.

85 *Ders.*, Session des Chambres, in: *La Minerve française* 6, 1819, S. 36. Vgl. auch *Charles-Guillaume Étienne*, *Lettres sur Paris*. N° 53, Paris, le 15 avril 1819, in: *La Minerve française* 5, 1819, S. 542–555.

86 *Léon Thiessé*, *Les Chambres*. Discussion du premier projet de loi relatif aux délits de la presse, in: *Lettres normandes*, 1819, H. 6, S. 117–124, hier: S. 124. Vgl. auch *ders.*, Sur la Session de 1818, in: *Lettres normandes*, 1819, H. 7, S. 201–208, hier: S. 206 und 208; *o. V.*, Epigramme. Discussion sur les mots honneur, considération; séance du 18 avril dernier, in: *Lettres normandes*, 1819, H. 6, S. 181–196, sowie den augenzwinkernden Bericht über einen Professor aus Toulouse, der in Paris einen Lehrgang über die »Vorteile des Schweigens angewandt auf die deliberative Redekunst« anbiete. *O. V.*, *Mosaïque politique et littéraire*, in: *Lettres normandes*, 1819, H. 6, S. 181–196, hier: S. 193.

Worthülse, bei dem man »nur noch diskutierte, um die Zeit totzuschlagen.«⁸⁷ Doch mit der Zeit wurde immer klarer, dass die ultraroyalistischen Blätter das Verstummen ihrer Abgeordneten zwar treu unterstützten, seinen politischen Sinn jedoch nicht immer klar durchschauten. Im radikal-konservativen »Le Drapeau blanc« rechnete ein Autor seinen Lesern akribisch vor, dass die 63 Abgeordneten, die in der Adelskammer schließlich gegen die Vorlage gestimmt hatten (ohne ihr Votum in der Debatte zu begründen), nur aufgrund der kurz zuvor erfolgten Ernennung der neuen Pairs in der Minderheit gewesen waren. Doch über die Gründe für das andauernde Schweigen – über die Verhandlung des Wahlgesetzes hinaus – tappte er offenbar im Dunkeln.

»Verschmähen sie es, nun sie die Hoffnung auf Erfolg verloren haben, den Wettkampf aufzunehmen? [...] Betrachten sie sich jetzt als unbeteiligt an den öffentlichen Angelegenheiten und angehalten, die Verantwortung für sie ganz den Ministern zu überlassen, die jeden Widerstand unmöglich gemacht haben [...]? Glauben sie im Gegenteil, dass, da die Statuten ihrer Körperschaft zerstört und die Unabhängigkeit der Kammer durch die gewaltsame Einsetzung von sechzig Pairs vernichtet worden ist, die alte Mehrheit den Kampf mit den neuen Mitgliedern, die sie nicht als ihre Kollegen anerkennt, nicht aufnehmen darf, und dass sie zumindest durch ihr Schweigen protestieren muss?«⁸⁸

Selbst das der Fraktionsspitze nahestehende und deswegen sonst gut informierte Blatt »Le Conservateur« schien sich über den politischen Sinn der Strategie nicht sicher zu sein. »Ohne vorzugeben zu erklären, was uns nicht zusteht, zu begründen«, meinte Marie-Barthélémy de Castelbajac, könne das Schweigen der Ultras doch eigentlich nur durch den Willen erklärt werden, ein Zeichen gegen die willkürliche Zersetzung der parlamentarischen Kontrollfunktion zu setzen. Und, stellte er zufrieden fest, »dieses edle Schweigen ist verstanden worden: es hat seinen Zweck besser erreicht, als es Erklärungen hätten tun können.«⁸⁹ Doch kurze Zeit später äußerte ein anonymes Autor in derselben Zeitschrift schon wieder eine andere Hypothese. Seiner Meinung nach habe die Aktion vor allem einen didaktischen Sinn. In der Vergangenheit seien die Ultras wiederholt mit dem Vorwurf konfrontiert worden, dass ihr aggressives Auftreten verantwortlich sei für die erbitterte Haltung der Liberalen ebenso wie für die Neigung der Regierung, sich mit der linken Seite des Plenums gegen die Konservativen zu verbünden. Um diese Vorstellung zu entkräften, habe sich die Fraktion nun zur Schweigsamkeit entschlossen und so gleichsam experimentell nachweisen können, dass die Regierung auch ohne jede Aktivität der Ultras immer einen Vorwand finden würde, die legitime Monarchie mit allen verfügbaren Mitteln zu untergraben. »Es ist also ein großes Gut erreicht worden, indem Frankreich aufgeklärt worden ist: diese neue Weise, das Vaterland durch das Schweigen zu belehren, hat besser funktioniert, als man hätte hoffen können.«⁹⁰

Auch die Historiografie hat den andauernden Debattenboykott der Royalisten später unterschiedlich gedeutet. Der legitimistische Historiker Baptiste Caepefigue meinte 1833, die Ultras seien zwar (wie jede Opposition) generell für eine Ausweitung der Pressefreiheit gewesen; sie hätten aber nicht die politische Verantwortung für ein solches Gesetz tragen wollen, gleichzeitig aber befürchtet, sich durch Widerstand gegen dieses Kernstück liberaler Politik dauerhaft unpopulär zu machen.⁹¹ In der neueren Forschung ist dagegen die

87 *Joseph Fiévée*, Paris, 26 avril 1819, in: *Le Conservateur* 3, 1819, H. 31, S. 233–240, hier: S. 233–235.

88 *P. M.*, Sur la loi des petits-grands-livres, in: *Le Drapeau blanc* 2, 1819, S. 234–239, hier: S. 234f.

89 *Marie-Barthélémy de Castelbajac*, Paris, 20 avril 1819, in: *Le Conservateur* 3, 1819, H. 30, S. 183–192, hier: S. 187f. Vgl. auch *Arsène O'Mahony*, Du Silence de quelques royalistes, in: *Le Drapeau blanc*, 19.1.1820.

90 *O. V.*, Paris, le 12 mai 1819, in: *Le Conservateur* 3, 1819, H. 33, S. 329–330.

91 *Un homme d'état [Jean Baptiste Honoré Raymond Capefigue]*, Histoire de la Restauration et des causes qui ont amené la chute de la branche aînée des Bourbons, Brüssel 1831–1833, Bd. VI, S. 133.

Deutung des liberalen Historikers Prosper Duvergier de Hauranne maßgeblich geworden.⁹² Seiner Ansicht nach hatte der Protest gegen das Überfluten der Adelskammer mit neuen Pairs einen bloßen Vorwand dargestellt. Das eigentliche Motiv für den Rückzug aus der Debatte sei vielmehr der schon von Constant erahnte Umstand gewesen, dass die Konservativen sich in der gewandelten politischen Konstellation gezwungen gesehen hatten, ihre Position in der Frage der Pressefreiheit radikal zu wechseln. Noch in der letzten Sitzungsperiode hatten sie sich gemeinsam mit den Linken gegen die Zensurpolitik der Regierung stark gemacht. Jetzt, wo diese selbst eine weitgehende Liberalisierung eingeleitet hatte, die von der Mehrheit der Linken unterstützt, aber vom rechtsliberalen, »doktrinären« Zentrum bekämpft wurde, mussten die Ultras, um die Möglichkeit eines zukünftigen Bündnisses mit der letztgenannten Gruppe nicht zu gefährden, entweder die noch im Vorjahr lautstark vertretenen Prinzipien widerrufen oder sich von den potenziellen Bündnisgenossen im Zentrum trennen – oder sie konnten schweigen.⁹³

So überzeugend eine solche Begründung zunächst wirken mag, erklärt sie doch nicht, warum die Ultras auch *nach* der Verabschiedung des neuen Zensurgesetzes an ihrer Schweigestrategie festhielten, bis zum Ende der Sitzungsperiode und in die nächste hinein. Vor allem aber übersieht sie den Aspekt, der diesen Parlamentsboykott von den früheren (und späteren) unterscheidet: die Tatsache, dass die Presse in diesem Fall gerade *nicht* als alternatives Forum der politischen Artikulation funktionierte, in das die oppositionelle Stimme nach ihrem Rückzug aus dem parlamentarischen Plenum verlagert wurde.⁹⁴

Das angespannte Verhältnis der Ultras zur Pressegesetzgebung hing auch mit der hohen Bedeutung zusammen, die diese ihren Presseorganen zuschrieben. Das galt für »La Quotidienne«, »La Gazette de France«, das radikale »Le Drapeau blanc« sowie insbesondere für »Le Conservateur«, der mit Auflagen von 5.000 bis 9.000 Exemplaren eine für diese Zeit relativ breite Leserschaft erreichte.⁹⁵ Bei der Gründung der letztgenannten Zeitschrift im Oktober 1818 hatte die Motivation im Vordergrund gestanden, der Stimme der konservativen Opposition auch außerhalb der parlamentarischen Sitzungsperioden Gehör zu verschaffen. Wie Chateaubriand, Mitherausgeber und zugleich prominentester Autor der Zeitschrift, betonte, reichten die vereinzelt Pamphlete, mit denen sich die Royalisten bisher begnügt hatten, nicht aus, um die öffentliche Meinung nachhaltig zu lenken.⁹⁶

Umso überraschender war, dass sich Chateaubriand, der die Zeitschrift in ihrer Anfangsphase maßgeblich mitgeprägt hatte, ab März 1819 plötzlich zurückzog. Obwohl weiterhin vereinzelt Beiträge aus seiner Hand erschienen, beschränkten sich diese auf unverfängliche, unpolitische Themen. Das fiel auf, und die linke Presse witterte schon einen Bruch im monarchistischen Lager. Verärgert erwiderte der Mitherausgeber Joseph Fiévée im nächsten Heft, dass es doch nur typisch für den »kleingeistigen Machiavellismus« der

92 Vgl. etwa *Peter Geiss*, *Der Schatten des Volkes. Benjamin Constant und die Anfänge liberaler Repräsentationskultur im Frankreich der Restaurationszeit 1814–1830*, München 2011, S. 151.

93 *Duvergier de Hauranne*, *Histoire du gouvernement parlementaire en France*, Bd. V, S. 77.

94 Vgl. *Pierre Reboul*, *Chateaubriand et le Conservateur*, Lille 1973, S. 139–165, 192–198 und 211–235; *Mariane Grams*, *Chateaubriand journaliste*, Villeneuve d’Ascq 1998, S. 61–64 und 300f.

95 Da die Zeitschrift außerdem in Lektürekabinetten und Kaffeehäusern ausgelegt wurde, ist mit einer deutlich höheren tatsächlichen Leserschaft zu rechnen. Pierre Reboul schätzt diese auf circa 24.000, was angesichts der geringen Zahl der Wahlberechtigten (circa 120.000) durchaus beträchtlich zu nennen ist. Vgl. *Reboul*, *Chateaubriand et le Conservateur*, S. 153f., sowie *Hudson*, *Ultra-Royalism and the French Restoration*, S. 86–94; *Oechslein*, *Le Mouvement ultra-royaliste sous la Restauration*, S. 80–92.

96 Chateaubriand an Jean-Baptiste-Victor Le Normant, Brief v. 5.10.1818, zit. nach: *François-René de Chateaubriand*, *Correspondance générale*, hrsg. v. *Louis Thomas*, Paris 1912–1924, Bd. II, S. 25.

Linken sei, hinter allem immer nur die bösartigsten Motive zu suchen: »[S]ie interpretieren alles, selbst das Schweigen.«⁹⁷ Dabei sei es angesichts des ausgezeichnet besetzten Mitarbeiterstabs doch überhaupt nicht weiter problematisch, wenn sich der Chef ein wenig erhole. Außerdem sei das politische Schweigen Chateaubriands, wie überhaupt alle seine Handlungen, sicher ausschließlich durch »höhere Motive« veranlasst. Welche dies genau waren, verriet Fiévée jedoch nicht.

Der vorübergehende Rückzug Chateaubriands als politischer Autor, der mit kurzen Unterbrechungen bis Anfang 1820 andauern würde, beraubte die royalistische Presse eines ihrer berühmtesten und begabtesten Autoren.⁹⁸ Sie wurde zeitgenössisch je nach politischer Blickrichtung entweder beklagt oder belächelt und mit ganz unterschiedlichen Begründungen verknüpft. Selbst unter seinen engsten politischen Freunden löste die Abwesenheit ihres Starpublizisten Kritik aus.⁹⁹ Dabei verweist, wie ein Blick auf den weiteren Kontext deutlich macht, die Erklärung seines Handelns auf die politischen Konstellationsverschiebungen des Jahres 1819 und enthält so auch den Schlüssel zum Verständnis des andauernden parlamentarischen Schweigens der Ultras.

Die liberale Ausrichtung der Regierung Decazes hatte Anfang 1819 erneut zu erbitterten Kämpfen mit den Ultras geführt, die schließlich in der Krise um die Erweiterung der Adelskammer gipfelten. Doch war die Frontenbildung keineswegs so festgefahren, wie es zeitweise scheinen mochte. Wiederholt versuchte Decazes, sich aus seiner Abhängigkeit vom doktrinären Zentrum zu lösen, indem er sich politisch auf die Rechte zubewegte. Verschiedene Entwicklungen im In- und Ausland begünstigten solche Annäherungsversuche. Das Attentat auf den konservativen Schriftsteller August von Kotzebue am 23. März hatte europaweit die Angst vor einer neuen Welle revolutionärer Gewalt geschürt. Der schlechte Gesundheitszustand Ludwigs XVIII. schien zudem auf die Möglichkeit einer zeitnahen Thronübernahme durch den Grafen von Artois hinzudeuten. Als Justizminister de Serre im Mai auf die Frage, wann die verbannten »Königsmörder«, die 1793 für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatten, mit einer Begnadigung rechnen könnten, mit einem lapidaren »jamais!«¹⁰⁰ antwortete, schienen sich Risse im Bündnis zwischen der Regierung und der liberalen Seite des Plenums abzuzeichnen. Die Wahlen im September würden diese weiter vertiefen. Der erneute Erfolg der *indépendants* und die Verluste der *doctrinaires* spalteten das linke Zentrum und schwächten so die bisherige Machtbasis der Regierung. Ein neues Mitte-Rechts-Bündnis schien möglich. Was dies für die Abstimmungsverhältnisse bedeuten würde, deutete sich in der Debatte vom 6. Dezember über den Ausschluss des im September gewählten Abbé Henri Grégoire, der nicht nur den Ultras, sondern auch den Doktrinären als *régicide* galt, an, als die Linke von einer großen Mehrheit von Liberalen und Ultras überstimmt wurde.¹⁰¹

Vor diesem gewandelten Hintergrund waren im Juni erste geheime Verhandlungen zwischen der Regierung und den Ultras eingeleitet worden.¹⁰² Schon beim ersten Treffen stellte

97 Joseph Fiévée, *Mélanges*, in: *Le Conservateur* 2, 1819, H. 24, S. 529–530. Vgl. dazu Paris, 12 mars, in: *Journal de Paris*, 13.3.1819.

98 *Encore un ministère*, in: *La Renommée*, 15.11.1819.

99 M. de Chateaubriand *gardait le plus profond silence depuis deux mois...*, in: *Le Drapeau blanc*, 17.1.1829. Vgl. *Reboul*, Chateaubriand et le Conservateur, S. 211–222.

100 AP, Bd. XXIV, Sg. v. 17.5.1819, S. 442.

101 Vgl. *Paul Thureau-Dangin*, *Royalistes & Républicains. Essais historiques sur des questions de politique contemporaine*, Paris 1874, S. 190–200; *Waresquiel/Yvert*, *Histoire de la Restauration*, S. 274–277; *Geiss*, *Der Schatten des Volkes*, S. 171–173.

102 Nach Informationen der britischen Botschaft hatte es schon Ende 1818 aus Teilen des Regierungslagers erste Annäherungen gegeben, die zu diesem Zeitpunkt allerdings noch gegen den liberalen Kurs Decazes gerichtet gewesen waren. Vgl. *Hudson*, *Ultra-Royalism and the French Restoration*, S. 78–82.

sich jedoch heraus, dass die politische Umstimmung der Ultras auf einen regierungsfreundlichen Kurs kein Leichtes sein würde. Ihre Wortführer, die Abgeordneten Villèle und Jacques-Joseph Corbière, distanzieren sich zwar von den »violences« der royalistischen Presse gegen die Regierung und signalisierten ihre prinzipielle Offenheit für eine Zusammenarbeit. Gleichzeitig enthielten sie sich jeder konkreten Zusage und wiesen ausdrücklich darauf hin, dass es sich als äußerst schwierig erweisen dürfte, das gesamte Lager der Ultras für den Kurswechsel zu gewinnen.¹⁰³ In der Tat reagierten viele von ihnen, als erste Gerüchte über die laufenden Verhandlungen nach außen drangen, skeptisch. Aber während hinter den Kulissen über den Kurswechsel große Uneinigkeit herrschte, gelang es der politischen Führung dennoch, die Abgeordneten vorübergehend auf eine einheitliche Politik des Schweigens einzustimmen. Insofern die Ultras ihre Angriffe auf die Regierung einstellten, öffneten sie das Tor für eine potenzielle Überbrückung der Differenzen. Gleichzeitig behielten sie sich, indem sie den Kurswechsel durch ihre Zurückhaltung zwar ermöglichten, aber nicht ausdrücklich verkündeten, jederzeit die Option vor, ihre Opposition bei einem Scheitern der geheimen Verhandlungen unmittelbar wiederaufzunehmen.

Somit hatte sich die Funktion des Debattenboykotts der Ultras zwischenzeitlich radikal gewandelt. Was anfangs ein trotziges Zeichen gegen die Machenschaften der Regierung dargestellt hatte, war schon nach kurzer Zeit zu einem taktischen Mittel geworden, Spielräume für die laufenden Verhandlungen mit dieser zu eröffnen. Dass es für nicht eingeweihte Außenseiter angesichts dieses schleichenden Funktionswechsels schwierig war, den politischen Sinn dieses Schweigens abzuschätzen, ist nicht verwunderlich. Aus demselben Grund konnte die kommunikative Disziplin der Ultras nur in den Bereichen konsequent umgesetzt werden, auf die die parlamentarische Führung effektiven Zugriff hatte. Anders als im Falle der britischen Whigs gelang es Villèle und Corbière, die Abgeordneten – von der Parteiprominenz bis hin zu den Hinterbänklern – relativ erfolgreich in Schach zu halten. Außerhalb des Parlaments zeigte sich dies jedoch deutlich schwieriger – zumal aus Gründen der Diskretion nicht alle gleichermaßen über den Fortgang der Verhandlungen informiert waren. In den Pariser Salons war Villèle wiederholt scharfen Angriffen ausgesetzt und auch aus der schwer zu bändigenden Presse drangen immer wieder Stimmen nach außen, die eine Verständigung mit der Regierung für undenkbar erklärten.¹⁰⁴ So verkündete »Le Drapeau blanc« am 28. Juni, dass, auch wenn die Regierung sich nun plötzlich »royalistisch« gab, die wahren Royalisten sich dennoch niemals von ihr vereinnahmen lassen würden.¹⁰⁵ Als die Fraktionsführung im Oktober versuchte, die Redaktion dazu zu bewegen, ihren Ton zu mäßigen, weigerte sich diese dezidiert, auch mit dem Hinweis, dass ihre steigenden Auflagenzahlen zur Genüge bewiesen, dass auch ihre Leserschaft eine Fortsetzung des Konfrontationskurses unterstützte.¹⁰⁶

Die Annäherungen vonseiten der Regierung setzten sich indes fort. Im Juli machte sie Andeutungen, als Reaktion auf die verstärkte Präsenz der Linken im Parlament ebenso wie auf den Straßen einen Staatsstreich in Erwägung zu ziehen, was dem radikalen Flügel der Ultras entgegenkommen mochte. In der Folge gab es weitere Signale, die von Ende Oktober an in neue Verhandlungen mündeten, diesmal unmittelbar mit dem eigentlichen politischen Führer der Ultras, Artois, selbst. Da diese jedoch hinter streng verschlossenen Türen stattfanden, ergab sich erneut die Konstellation, dass die Führung der Ultras in en-

103 Duvergier de Hauranne soll Einsicht gehabt haben in die Protokolle dieser Verhandlungen, die vom Mittler Andrien Morgan de Belloy angefertigt und dem König vorgelegt wurden. *Duvergier de Hauranne*, *Histoire du gouvernement parlementaire en France*, Bd. V, S. 179.

104 *Thureau-Dangin*, *Royalistes & Républicains*, S. 194–200.

105 Vgl. *Reboul*, *Chateaubriand et le Conservateur*, S. 160–164.

106 Villèle an seine Frau, Brief v. 24.10.1819, zit. nach: *Joseph de Villèle*, *Mémoires et correspondance*, Paris 1888–1890, Bd. II, S. 260.

gem Kontakt zur Regierung stand, diese in der royalistischen Presse aber gleichzeitig aufs Schärfste angegriffen wurde. Jedoch nicht von der gesamten Presse. Vielmehr ergab sich eine ambivalente Mischung aus aggressiven Attacken und vieldeutigem Schweigen. Villèle, der als potenzieller zukünftiger Minister in den Verhandlungen eine Hauptrolle spielte, erklärte in einem Brief an seine Frau die gespaltene Haltung der Ultrapresse: »[S]ie führen Krieg aus eigener Bewegung; sie schweigen auf höheres Geheiß.«¹⁰⁷

Der Prominenteste unter denen, die sich unter Druck der politischen Führung zurückhielten, war zweifellos Chateaubriand. Er hatte die Verhandlungen von Anfang an mit tiefer Skepsis betrachtet und hielt einen Rücktritt des Premierministers Decazes für eine unabweichliche Bedingung einer Neuausrichtung der Regierungspolitik auf royalistischer Basis. Gleichzeitig war er dem Grafen von Artois jedoch treu ergeben, sodass auch er, wie Villèle schrieb, als »durch einen höheren Einfluss gezügelt«¹⁰⁸ betrachtet werden konnte. Dennoch war die Zurückhaltung des Starautors nicht ohne Konflikt zustande gekommen. Tatsächlich hatte er für das Heft des »Conservateur« vom 19. November einen Beitrag eingereicht, in dem er sich vehement gegen die angekündigte Neuformierung der Regierung unter erneuter Führung von Decazes aussprach. Dessen Veröffentlichung war jedoch in einer stürmischen Redaktionssitzung verhindert worden.¹⁰⁹ Nicht ganz unplausibel deutete Villèle die politische Funkstille Chateaubriands also auch als das gekränkte Schmolzen eines ins politische Abseits Gedrängten.¹¹⁰

Ob beabsichtigt oder nicht, forcierte Decazes durch seine Annäherungen auf Dauer einen Bruch im Lager der Ultras. Auf ihrer rechten Seite bildete sich eine Gruppe – abwechselnd als *impatiens*, *insensés*, *pressés*, *pointus* oder *exagérés* bezeichnet –, für die der gemäßigte Kurs eines Villèle oder Corbière unakzeptabel blieb. Als sich die politische Konstellation nach der Ermordung des Herzogs von Berry am 13. Februar noch einmal schlagartig änderte, kam es zu einer Spaltung. Die so umsichtig angebahnte Versöhnung mit Decazes platzte. Der radikale Flügel der Ultras ergriff die Gelegenheit, ihn zu stürzen, indem er ihm die Verantwortung für das geistige Klima, dem das Attentat entsprossen sei, in die Schuhe schob. Nach kurzem Zögern sah sich Ludwig XVIII. gezwungen, sich von seinem Schützling zu trennen. Nutznießer dieser Kehrtwende wurde aber nicht der radikale, sondern der gemäßigte Flügel der Ultras. Es wurde eine neue Regierung unter Führung des Herzogs Armand du Plessis de Richelieu berufen, in der mit Corbière, Villèle und Lainé auch drei Ultras vertreten waren. Nur ein Jahr später wurde Villèle selbst mit der Bildung einer neuen Regierung betraut, die sich dann 1823 selbst mit einem Parlamentsboykott der linken Opposition konfrontiert sehen würde.¹¹¹

VII. AUSBLICK UND FAZIT

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert etablierte sich der parlamentarische Debattenboykott als fester Bestandteil des Handlungsrepertoires oppositioneller Gruppen.¹¹² Wiederholt kam es zu Konstellationen, in denen das Parlament angesichts des repressiven

107 Villèle an seine Frau, Brief v. 7.12.1819, zit. nach: ebd., S. 282.

108 Villèle an seine Frau, Brief v. 12.12.1819, zit. nach: ebd., S. 290.

109 Charles-Guillaume Étienne, Lettres sur Paris. N° 82, in: La Minerve française 8, 1819, S. 179–189.

110 Villèle an seine Frau, Briefe v. 18.12.1819 und 7.1.1820, zit. nach: Villèle, Mémoires et correspondance, Bd. II, S. 297 und 315.

111 Vgl. Olivier Tort, La Droite française. Aux origines de ses divisions, 1814–1830, Paris 2013, S. 31.

112 Zum Begriff »repertoire of contention«, vgl. Charles Tilly, Regimes and Repertoires, Chicago 2006, S. 30–89.

Auftretens der Regierungsmehrheit seine Legitimität als Forum der Nation, aber auch seinen instrumentellen Wert als oppositionelle Bühne einzubüßen schien. In solchen Fällen erschien eine weitere Teilnahme an seinen Debatten manchen nicht nur sinnlos, sondern sogar schädlich, insofern sie die bestehenden Verhältnisse ungewollt legitimiere. Als trotztige Partizipationsverweigerung war der *Exit* aus dem Bereich der *Voice* selbst ein eloquentes politisches Zeichen und ein Mittel, Aufmerksamkeit auf die ungerechten Bedingungen des parlamentarischen Kommunikationsraums zu lenken.

Bis heute gehören Parlamentsboykotts zum Arsenal oppositioneller Politik. Eine kursorische Recherche ergab, dass allein im Jahr 2017 kürzere oder längere Boykotts in Albanien, Äthiopien, Kambodscha, Jemen, Kenia, Mazedonien, Montenegro, Mosambik, Südkorea, Tansania, der Türkei, der Ukraine und Ungarn stattfanden. Dennoch können die in diesem Beitrag erörterten Fälle nur in abstracto als Vorgeschichte der gegenwärtigen gelten. Insofern der Begriff einer politischen Praxis nicht nur die wiederholte Realisierung einer funktionalen Möglichkeit, sondern auch einen kontinuierlichen Lern- und Transferprozess impliziert, müssen die im 18. und frühen 19. Jahrhundert stattfindenden Boykotts in Großbritannien und Frankreich vielmehr als historischer Fehlstart betrachtet werden.

In beiden Ländern geriet die Strategie nach den gemachten Erfahrungen bei oppositionellen Gruppen jeder Couleur langfristig in Misskredit. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine Debatte im House of Commons im Jahr 1894, als sich der parlamentarische Tonfall im Rahmen der Auseinandersetzungen über die irische Frage wieder einmal deutlich verschärft hatte – und dabei auch radikale Mittel wie Obstruktion auf der einen Seite und Debattenabkürzungen durch Geschäftsordnungsänderungen auf der anderen nicht gescheut wurden. Als die Regierung den sich in die Länge ziehenden Debatten über ein Landreformgesetz für Irland durch eine formale Zeitbeschränkung (*clôture*) ein Ende setzen wollte, protestierte der konservative Oppositionsführer im House of Commons, Arthur James Balfour, gegen die Legitimität solcher Maßnahmen, »which deprive the minority of their just rights, make fair discussion impossible, and are calculated to bring the proceedings of this House into deserved contempt«. ¹¹³ Auf seine mehrdeutige Erklärung, dass die Oppositionsabgeordneten »no parties to that process« ¹¹⁴ sein würden, reagierte der Schatzkanzler und Regierungssprecher William Vernon Harcourt scharf:

»*Sir W. Harcourt* [...] The right hon. Gentleman has threatened Parliamentary secession.

Mr. A. J. Balfour It is a good old Whig precedent.

Sir W. Harcourt But even Whig precedents are not always fortunate precedents. [...] The political history of this country and the verdict of posterity have not been favourable to Parliamentary secessions, which, in my opinion, mean nothing else but Parliamentary cowardice.« ¹¹⁵

Auch anderswo in Europa scheinen Parlamentsboykotts (anders als etwa Wahlboykotts ¹¹⁶ oder andere parlamentarische Protestpraktiken wie die Verweigerung des Eides oder der Fürstenakklamation, hämische Zwischenrufe, Störungsversuche und systematische Obstruktion ¹¹⁷) im 19. Jahrhundert keine nennenswerte Rolle mehr gespielt zu haben. Die »passive Politik« einer Gruppe von böhmischen und mährischen Abgeordneten im öster-

113 Hansard Parliamentary Debates, House of Commons, 4. Serie, Bd. XXVII, Sg. v. 31.7.1894, Sp. 1418.

114 Ebd.

115 Ebd., Sp. 1434f.

116 Vgl. zum Einstieg etwa *Hedwig Richter*, *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017, S. 309–319.

117 Vgl. zur Einführung im europäischen Überblick *Henk te Velde*, *Die parlamentarische Obstruktion und die Krise parlamentarischer Politik in Europa um 1900*, in: *Andreas Schulz/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 267–283.

reichisch-ungarischen Reichsrat sowie im böhmischen Landtag in den 1860er- und 1870er-Jahren stellte insofern eine seltene Ausnahme dar.¹¹⁸ Erst nach dem Ersten Weltkrieg finden sich erneut prominente Beispiele. In Italien zog sich 1924 in der sogenannten *aventinischen Sezession*¹¹⁹ nach der Ermordung Giacomo Matteottis eine große Gruppe von liberalen, katholischen, sozialistischen und kommunistischen Oppositionsabgeordneten aus dem Parlament zurück, in der Hoffnung, dass der König Mussolini sein Vertrauen entziehen würde, was jedoch nicht geschah.¹²⁰ 1931 verließ die Nationale Opposition – ein Zweckbündnis der NSDAP mit der DNVP und einigen Landvolk-Abgeordneten – den von ihr als »Young-Parlament« diffamierten Reichstag, gab die Strategie jedoch schon nach wenigen Monaten wieder auf.¹²¹ Doch gehörten diese und spätere Parlamentsboykotts zu einer veränderten Konstellation, in der sich die Koordinaten des politischen Feldes durch die Entstehung zentralisierter Parteiorganisationen und Fraktionen, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Einbettung in eine massenmediale Öffentlichkeit grundsätzlich verschoben hatten. Die in diesem Beitrag erörterten »Vorläufer« waren da schon längst in Vergessenheit geraten.

Der Erkenntniswert einer historischen Auseinandersetzung mit den Boykotts des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts liegt also nicht im Aufspüren der Quellen einer bis in die Gegenwart reichenden Kontinuitätslinie. Ebenso wenig handelt es sich um eine Erfolgsgeschichte in dem Sinne, dass die Boykotts die politischen Systembedingungen, gegen die sie sich kehrten, tatsächlich spürbar verändert hätten. Dabei ist sicherlich zu veranschlagen, dass die Exit-Option für parlamentarische Oppositionsgruppen ohnehin immer nur in allerletzter Instanz in Betracht kam, um aus der eigenen Ohnmacht durch eine symbolische Handlung letztes politisches Kapital zu schlagen. Mit ihrem Rücktritt drückten die Boykotteure aus, die herrschenden Bedingungen des parlamentarischen Raums nicht länger zu akzeptieren. Inwiefern darin auch das Ausweichen auf andere (revolutionäre) politische Arenen und Praktiken angedeutet war, blieb zunächst offen. Doch zumindest vermied die Opposition es auf diese Weise, durch ihre Mitwirkung das gegebene Unrecht ungewollt zu legitimieren.

Jedoch selbst in Anbetracht dieser Einschränkungen waren die Boykotts des hier erörterten Untersuchungszeitraums zwar keineswegs folgenlos, aber doch alles andere als erfolgreich. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die solche Rücktritte erregten, wurde mit scharfen Anfeindungen von Gegnern, aber auch aus dem eigenen Lager erkaufte. Die politischen Kosten der Strategie waren evident und unmittelbar spürbar, während die erhofften Nutzen meist schwer greifbar blieben und durch kontingente Konstellationswandel leicht in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten. Die historische Bedeutung dieser Praxis liegt somit weniger in ihrer unmittelbaren Wirkungsmacht, als in ihrer Signifikanz im Hinblick auf die spezifische Gestalt des politischen Raums in der Frühphase des modernen Parla-

118 Vgl. Jiří Pokorný, *Vereine, Verbände und Parteien in den böhmischen Ländern*, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch/Ulrike Harvat (Hrsg.), *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*, 1. Teilband: *Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation*, Wien 2006, S. 609–703, insb. S. 656, sowie ausführlich in tschechischer Sprache Milan Řepa, Češi, Moravané a spor o pasivní politiku [Tschechen, Mährer und der Streit um die passive Politik], in: *Český časopis historický* 94, 1996, S. 38–65.

119 Der Name verweist auf die erste römische »*secessio plebis*« von 494 v. Chr., als sich die Plebejer in Protest gegen die patrizische Politik auf den Mons Aventinus vor den Toren der Stadt zurückzogen.

120 Vgl. *Ariane Landuyt*, *Le sinistre e l'Aventino*, Mailand 1973.

121 Vgl. *Martin Döring*, *Parlamentarischer Arm der Bewegung. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik*, Düsseldorf 2001, S. 279–285; *Thomas Mergel*, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002, S. 441–443.

mentarismus. Diese ergibt sich aus ihrer Verortung an der Schnittstelle von drei, jeweils eng miteinander verschränkten Spannungsmomenten, die abschließend als analytische Fluchtpunkte noch einmal hervorgehoben werden sollen.

1. Das Parlament hatte seinen Ursprung als Forum der Opposition gegen die monarchische Macht. Durch seine politische Neuetablierung an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gestaltete sich die parlamentarische Debatte in Frankreich ebenso wie in Großbritannien als der zentrale Ort, an dem sich die Regierung – die selbst zunehmend auf Rückhalt im Parlament angewiesen war – öffentlich und argumentativ mit *his majesty's opposition* auseinandersetzte.¹²² Letztere war in dieser Arena prinzipiell als legitimer Verhandlungspartner anerkannt, nicht zuletzt da (abgesehen von einer kurzen Ausnahmesituation während der Französischen Revolution) das exklusive Wahlrecht die politische Nation auf die respektable Elite, einen kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung, einschränkte. Und doch blieb die Vorstellung, dass die Macht nicht mit einer Stimme spricht, vielen Zeitgenossen fremd. Der Widerspruch zwischen der Einheit politischer Souveränität und dem Pluralismus der vertretenen Ansichten und Interessen rückte die parlamentarische Opposition ständig in den Verdacht, fünfte Kolonne einer revolutionären Horde zu sein. Umgekehrt sah diese sich regelmäßig mit Situationen konfrontiert, in denen ihre Partizipation zwar formal zugestanden, aber funktional kaltgestellt wurde. In den Parlamentsboykotts wurde diese dauerhafte Spannung zwischen Integration und Fundamentalopposition performativ in Szene gesetzt. Der geschlossene Austritt, die atmosphärische Wirkung der leeren Bänke oder der schweigenden Präsenz der Oppositionsabgeordneten drückten die Ablehnung einer Institution aus, in der politische Partizipation zu bloßem Schein verkommen sei.

2. In den Begründungen der Boykotteure wurde die Infragestellung der Konstitutionsbedingungen des Parlaments mit dem Appell an die höhere Instanz des »eentlichen« Volkswillens verknüpft. Insofern gehörte – anders als im früheren 18. Jahrhundert – der Wechsel in andere Arenen wie politische Versammlungen oder die Presse nunmehr unzertrennlich zur Boykottpraxis hinzu. Doch gestalteten sich solche Forenwechsel nicht bruchlos. Die oppositionellen Abgeordneten waren in vielfacher Weise mit außerparlamentarischen Netzwerken und Gruppen verbunden, hoben sich als Teil der politischen Elite aber auch von ihnen ab. Selbst im Austritt blieb das Parlament der zentrale Bezugspunkt dieser Politiker und blieben sie stets bemüht, ihre politische Respektabilität vor dem Verdacht einer radikalen und potenziell gewaltsamen Systemopposition zu schützen. Umgekehrt hatten außerparlamentarische Oppositionsgruppen für die vornehme Ausstiegsgeste des Boykotts oft wenig übrig. Sie verstanden die Abgeordneten als Mandatsträger, deren Pflicht es sei, im unermüdlichen rhetorischen Kampf der Stimme des Volkes auf der nationalen Bühne Gehör zu verschaffen.

Überhaupt gründete die ambivalente Natur der Parlamentsboykotts wesentlich in ihrem Spannungsverhältnis zur zeitgenössischen Politikvorstellung, die wie nie zuvor auf Mitsprache und rhetorische Handlungsfähigkeit fokussiert war. Erst mit den hohen Erwartungen, die an das politische Wort im parlamentarischen Raum geknüpft wurden, entfaltete seine Aufgabe ihre Schockwirkung. Doch auf längere Sicht lag darin auch ein Problem. Gegnern fiel es leicht, den Partizipationsverzicht als politische Fahnenflucht auszulegen oder als Ausdruck eines feigen Unwillens, sich dem Gegner im offenen rhetorischen Schlagabtausch zu stellen. Noch gravierender war, dass der Sinn der Boykotts auch im eigenen Lager schwer zu vermitteln war. In einer Ära, in der große Bevölkerungsteile von der Teilnahme am institutionalisierten politischen Prozess ausgeschlossen blieben, wurde auf die Partizipation im Parlament großer Wert gelegt. Wähler und Nichtwähler gleichermaßen fühlten sich durch den Rücktritt ihrer Abgeordneten ihrer politischen Stimme beraubt.

¹²² Die letztgenannte, paradoxe Formel wurde 1826 im House of Commons geprägt. Hansard, HC Deb., 2. Serie, Bd. XV, Sg. v. 10.4.1826, Sp. 135, 137 und 149.

3. Vor diesem Hintergrund erwies sich die konsequente Umsetzung dieser kollektiven Praxis, die für ihren performativen Effekt unumgänglich war, immer wieder als äußerst schwierig. Der kontroverse Status des Boykotts verschärfte bestehende Interessenkonflikte zwischen den Abgeordneten und ihrer außerparlamentarischen Basis, aber auch innerhalb der parlamentarischen Gruppe selbst, insbesondere zwischen der politischen Führung und ihren weniger prominenten Anhängern. In späteren Zeiten konnten solche Risse durch eine geschlossene Parteiorganisation und effektive Fraktionsdisziplin überbrückt werden. Doch in einer Epoche, in der solche Strukturen erst im Ansatz gegeben waren, war der Grat zwischen dem schleichenden Ausfransen und der jähen Spaltung der Gruppe schmal. Einerseits war die Forderung, den parlamentarischen Handlungsraum preiszugeben, für viele Abgeordnete einfach zu viel verlangt. Doch andererseits war ein halbherzig umgesetzter Boykott schlimmer als gar keiner, insofern er vor allem die Ohnmacht und Uneinigkeit der Opposition unterstrich. Gerade auch in ihrem überschaubaren Erfolg zeugt die Praxis der parlamentarischen Boykotts somit von den spezifischen Bedingungen oppositioneller Politik im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert.